

Die Stettin-Frage

Die KPD, die Sowjetunion und die deutsch-polnische
Grenze 1945

von

Clemens Heitmann

Nach dem Wortlaut des Potsdamer Abkommens sollte die künftige Grenze zwischen dem unter polnischer Verwaltung stehenden Teil des Deutschen Reiches und der sowjetischen Besatzungszone durch den Verlauf der Oder, mit einem polnischen Teil im Osten und einem deutschen Teil im Westen, markiert werden.¹ Somit hätte die westlich des Oderdeltas gelegene ehemalige pommersche Provinzhauptstadt Stettin bei Deutschland verbleiben müssen.² Trotzdem verläuft die deutsch-polnische Grenze im Bereich der unteren Oder heute nicht entlang des Flusses, sondern ein 930 Quadratkilometer großes westlich der Oder gelegenes Gebiet liegt heute auf polnischer Seite – die Stadt Szczecin (Stettin)! Diesen offenkundigen Widerspruch – die Stettin-Frage – untersucht dieser Aufsatz.

Am 26. April 1945 wurden die Stadt Stettin und das umliegende Gebiet – später auch die Halbinsel Wollin – von sowjetischen Truppen besetzt. Seit dem 7. Juli 1945 – also bereits vor Beginn der Potsdamer Konferenz (17. Juli 1945) – wurde Stettin mit sowjetischem Einverständnis von polnischen Behörden verwaltet, und die Grenze zwischen dem sowjetisch besetzten und verwalteten Teil Deutschlands und dem neugebildeten polnischen Staat (inklusive der angeschlossenen Gebiete des Deutschen Reiches) verläuft seit dem 4. Oktober 1945 entlang einer Linie, die oberhalb der brandenburgischen Stadt Gartz nach Norden führt und westlich der Stadt Swinemünde³ endet. Dieser „Stettiner Zipfel“ umschließt das Gebiet um die Stadt Stettin herum.

¹ „Die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße [...] unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen“. Mitteilung über die Berliner Konferenz der drei Mächte, in: Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. von ALEXANDER FISCHER, Köln ³1985, S. 401.

² Die Lage des reichsdeutschen Stettin *westlich* der Oder ist unstrittig. Die Stadt liegt zum überwiegenden Teil sogar noch westlich des westlichen der beiden Oderarme. Östlich des Stromes befindet sich die Ortschaft Altdamm, welche infolge der Auflösung des reichsdeutschen Kreises Randow am 15. Oktober 1939 eingemeindet wurde. Eine durch den Fluß geteilte Stadt – wie etwa in Guben (Gubin) – gab es demnach nicht.

³ Swinemünde (Swinoujście) liegt an der Swine unmittelbar östlich der Grenze auf der Insel Usedom. Die Zugehörigkeit der Stadt zu Polen ist in Potsdam unmißverständlich bestimmt worden (siehe Anm. 1). In der Literatur wird zum Teil suggeriert, die Potsdamer Regelungen für Stettin und Swinemünde seien ähnlich unbestimmt gewesen oder

Trotzdem arbeitete nach Kriegsende in der Stadt kurzfristig eine deutsche Kommunalverwaltung, und die deutschen Verwaltungsstrukturen der Vorkriegszeit inklusive des reichsdeutschen Kreises Randow wurden wiederhergestellt.⁴ Diese deutsche Stadtverwaltung hat dort weitgehend selbständig gewirkt, und eine deutsche Kreisverwaltung hatte bis zum Juli 1945 ihren Sitz in der Stadt. Danach wurden diese Behörden auf sowjetischen Befehl hin aus Stettin verlegt bzw. aufgelöst, und der oben beschriebene Grenzverlauf ist somit manifest geworden. Die DDR und Polen bestätigten diesen gegen den Wortlaut des Potsdamer Abkommens verstoßenden Grenzverlauf 1950 durch das Görlitzer Abkommen und bestimmten, „daß die festgelegte und bestehende Grenze die unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze ist“.⁵

Doch so unstrittig und einvernehmlich war das Zustandekommen dieser Grenze weder auf deutscher noch auf polnischer Seite. Maßgeblichen Anteil an der Bestimmung des hier betrachteten Grenzverlaufes hatten diese Parteien wie auch die Westalliierten nicht; die sowjetische politische Führung hatte zu jeder Zeit die alleinige Entscheidungsgewalt, welche sie gegenüber allen anderen Beteiligten durchsetzte. Dabei hinterging die sowjetische Führung nicht nur ihre westlichen Kriegsverbündeten und die verschiedenen polnischen Regierungen, sondern auch ihre deutschen Adepten. Auch die aus ergebnen moskauhörigen Kadern gebildeten Gruppen deutscher Exilkommunisten um

stünden in einem sachlichen Zusammenhang. So ist in der Quellenedition von Rhode die entsprechende Passage der Memoiren von Truman überschrieben: „Diskussion in letzter Stunde: Wo verläuft die Grenzlinie bei Stettin?“. Quellen zur Entstehung der Oder-Neisse-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkrieges, hrsg. von GOTTHOLD RHODE und WOLFGANG WAGNER, Stuttgart ²1959, S. 294. Tatsächlich ist während der Potsdamer Konferenz der Grenzverlauf bei Swinemünde nach Stalins Wunsch geändert und sodann detailliert festgelegt worden. Diese Korrektur der Grenzbeschreibung bezüglich Swinemünde steht jedoch nicht mit dem Grenzverlauf bei Stettin in Zusammenhang. Ein weiterer Änderungswunsch Stalins – dieser betraf die Grenze zum Königsberger Gebiet – ist detailliert beschrieben. Somit erscheint es unwahrscheinlich, daß die Regelung für Swinemünde nur unklar formuliert ist und die Stettiner Grenze einschließen sollte, zumal das sowjetische wie auch das britische Protokoll die Korrektur der Formulierung bezüglich Swinemünde verzeichnen. Selbst in den Memoiren des US-Präsidenten Truman wird dies mitgeteilt: „Kleine Textänderungen oder Zusätze zu den beiden Dokumenten nahmen viel Zeit in Anspruch. So verlangte beispielsweise Molotov eine Änderung der Definition der polnischen Westgrenze: Die Linie sei nicht ‚durch‘, sondern ‚westlich‘ von Swinemünde zu ziehen. ‚Wie weit westlich?‘ fragte ich. Stalin schlug die Formulierung ‚unmittelbar westlich von‘ vor, woraufhin die Änderung angenommen wurde.“ HARRY S. TRUMAN: Memoiren, Stuttgart 1955, S. 418. Vgl. Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, IX. Polen, vollständiger Vertragstext in: Teheran (wie Anm. I), S. 401.

⁴ Daher hat der Verfasser sich entschieden, für diese Untersuchung die Unterlagen der deutschen Kreisverwaltung und der Parteigliederungen von KPD und SPD des Kreises Randow zu verwenden.

⁵ Oder-Neiße-Grenzabkommen vom 6. Juni 1950 zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen, in: Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz, Teil II, Bd. 4 A: Neueste Zeit, 1914-1959, zweite erw. und. veränd. Aufl. Würzburg 1959, S. 391 ff.

Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck sind in die Regelung von Grenzfragen nicht involviert gewesen.

Im folgenden wird dieser von der historischen Forschung bisher weitgehend unbeachtete Aspekt der deutsch-polnischen Nachkriegsgeschichte anhand von Archivquellen vorwiegend deutscher Provenienz untersucht und dargestellt, wie die sowjetische Führung die Grenzregelung im Gebiet des Stettiner Zipfels durchsetzte und welchen Einfluß deutsche (und polnische) Stellen auf diese sowjetischen Entscheidungen nehmen konnten. Anhand der alliierten Kriegskonferenzen und -beschlüsse und der Darstellung der zeitgleichen Ereignisse nach der Einnahme der Stadt durch die Rote Armee Ende April 1945 bis zur abschließenden polnischen Übernahme Stettins werden die Absichten und die Verantwortung der beteiligten Parteien aufgezeigt und gefragt, ob diese „nachträgliche Korrektur der Oder-Neiße-Grenze“⁶ lediglich ein Detail oder eine grundsätzliche, von der sowjetischen Führung mit Bedacht beschlossene Maßnahme war.

Forschungsstand

Über die militärischen Ereignisse des Zweiten Weltkrieges liegt eine kaum noch überschaubare Literatur vor. Auch über die letzten Kriegstage in der Region Pommern/Mecklenburg existiert eine große Zahl von Veröffentlichungen.⁷ Diese Arbeiten geben jedoch nur am Rande Auskunft über Stettin. Auch zu den alliierten Entscheidungen hinsichtlich der Zukunft Deutschlands nach Ende des Krieges gibt es eine Vielzahl von Darstellungen und Editionen. Doch trotzdem liegt nicht eine einzige – deutsche oder ausländische – wissenschaftliche Monographie zur Stettin-Frage vor. Lediglich zwei deutsche Aufsätze aus dem Jahre 1964⁸ behandeln dieses Thema. Dies überrascht um so mehr, als in den Jahren nach den politischen Ereignissen der Jahre

⁶ HANNS JÜRGEN KÜSTERS: *Der Integrationsfriede. Viermächteverhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945-1990*, München 2000, S. 280.

⁷ HELMUT LINDENBLATT: *Pommern 1945*, Leer 1984; ERICH MURAWSKI: *Die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee*, Boppard am Rhein 1969; JOACHIM SCHULTZ-NAUMANN: *Die letzten dreißig Tage. Das Kriegstagebuch des OKW April bis Mai 1945*, München 1980; DERS.: *Mecklenburg 1945*, München ²1990; FRANZ-RUDOLF ZILM: *Geschichte der Festung und Garnison Stettin*, Osnabrück 1988.

⁸ ALBIN EISSNER: *Polen drängt weiter nach Westen*, in: *Aussenpolitik. Zeitschrift für internationale Fragen* 17 (1966), S. 438-444; RICHARD BREYER: *Die Oder-Neiße-Linie bei Stettin*, in: *Recht im Dienste der Menschenwürde. Festschrift für Herbert Kraus*, hrsg. vom Göttinger Arbeitskreis, Würzburg 1964, S. 423 f. Der letztgenannte Aufsatz ist ebenso grundlegend wie problematisch, basiert er doch ausschließlich auf (west-) deutschen Quellen und übersieht die polnischen. Jüngere Darstellungen rekurrieren höchst unkritisch immer wieder hierauf, ohne neue Erkenntnisse aufzunehmen. So u.a. HANS GEORG LEHMANN: *Der Oder-Neiße-Konflikt*, München 1979, S. 57 und Anm. 79 sowie, darauf bezogen, CARSTEN LILGE: *Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie als Nebenprodukt alliierter Großmachtpolitik während des Zweiten Weltkrieges*, Frankfurt/Main 1995, S. 88.

1989/90 die Stettin-Frage (vereinzelt) in der Öffentlichkeit thematisiert wurde – in Deutschland wie auch in Polen.⁹ Davor waren es ausschließlich die (west-) deutsche Publizistik und die Presse, die auf die besondere Situation der Stadt Stettin hingewiesen hatten.¹⁰ Im Umfeld der Vertriebenenverbände wurden eine Fülle kleinerer Aufsätze und Broschüren veröffentlicht, die zwar regelmäßig wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügen, doch sie zu übergehen hieße, die einzig vorhandenen Erkenntnisse zu ignorieren und die unter Umständen schon geleistete Arbeit der letzten fünfzig Jahre nochmals zu betreiben.¹¹ In der historischen Forschung fand dieses Schrifttum jedoch keine Resonanz, lediglich Juristen diskutierten vereinzelt den völkerrechtlichen Aspekt der Stettin-Frage. Selbst der in den 1950er und 1960er Jahren in der Bundesrepublik auf diesem Gebiet beinahe exklusiv tätige Göttinger Arbeitskreis legte nur den o.g. Aufsatz überwiegend juristischen Inhalts vor.¹² In Polen sind zur Stadtgeschichte Stettins mehrere Monographien veröffentlicht worden, doch enden bzw. beginnen deren Darstellungen an dem hier interessierenden Datum April-Juni 1945, so daß die Stettin-Frage nicht erörtert wird.¹³ In der DDR ist hierzu keine Untersuchung erschienen, obwohl das

⁹ So u.a. in der FAZ vom 25. September 1989, Leserzuschrift von HELMUT KEUNECKE: „Nur eine Kleinigkeit: Stettin“; JANUSZ TYCNER: Es regierte die nackte Gewalt. Das Schicksal Stettins 1945/46, in: Die ZEIT vom 5. Mai 1995, S. 21; WERNER LAMP-RECHT: Die deutsche Stadtverwaltung in Stettin Ende April 1945 bis Anfang Juli 1945, in: Kapitulation und Befreiung. Das Ende des II. Weltkrieges in Europa, hrsg. von FRITZ PETRICK, Münster 1997, S. 72-76. In einer 1994 verlegten polnischen Stadtgeschichte findet sich die zurückhaltende Formulierung, „die deutsche Vereinigung weckte in der Stadt [...] alte Ängste. Die Sorge um die Zugehörigkeit der Stadt zu Polen wurde jedoch durch den deutsch-polnischen Friedensvertrag zerstreut“, in: JAN M. PISKORSKI u.a.: Stettin. Kurze Stadtgeschichte, Poznań 1994, S. 147.

¹⁰ Das Interesse der großen bundesdeutschen Zeitungen an dem Einzelproblem Stettin war allerdings sehr gering, kontinuierlich berichtete über Stettin nur die Vertriebenenpresse. Anlässlich des Besuches des ehemaligen britischen Deutschlandministers John Hynd berichtete die ‚Welt am Sonntag‘ am 13. März 1955 über eine angeblich geplante Übergabe der Stadt an die DDR („John Hynd: Gibt Polen Stettin auf?“). Dieselbe Zeitung berichtete am 5./12. Januar 1964 in einer Reihe „Wiedersehen mit alten deutschen Städten“, daß es für westliche Besucher Stettins seltsam sei, daß die Grenzlinie nicht östlich der Stadt verlaufe.

¹¹ Stettiner Bürgerbrief, hrsg. vom Heimatkreisausschuß Stettin, Lübeck; Stettiner Rundschau, hrsg. vom Heimatkreisausschuß des Heimatkreises Stettin in der Pommerschen Landsmannschaft, Lübeck; Stettiner Nachrichten, hrsg. von GERHARD KÖPKE, Göttingen; Die Pommersche Zeitung.

¹² BREYER (wie Anm. 8).

¹³ Dzieje Szczecina [Geschichte Stettins], Bd. III: 1806-1945, hrsg. von BOGDAN WACHOWIAK, Szczecin 1994; TADEUSZ BIAŁECKI: Szczecin. Rozwój miasta w Polsce Ludowej [Stettin. Entwicklung der Stadt in Volkspolen], Poznań 1977; DERS.: Historia Szczecina [Geschichte Stettins], Wrocław 1992. Dieses Werk greift erstmals die Stettin-Frage auf – allerdings ist es noch vor dem Epochenschnitt 1989/90 abgeschlossen worden, so daß die heute zugänglichen Quellen keinen Eingang gefunden haben. Zur Stadtgeschichte Stettins existiert in Polen ein Periodikum: Kronika Miasta Szczecina [Chronik der Stadt Stettin], hrsg. vom Archiwum Państwowe Szczecin [Staatsarchiv Stettin].

Thema dem östlichen deutschen Staat geographisch näher lag, die beiden Nachbarn 1950 das Görlitzer Abkommen zur Regelung des Verlaufs der gemeinsamen Grenze geschlossen hatten, mehrere ehemalige Angehörige der Stettiner (deutschen Nachkriegs-)Stadtverwaltung später in der DDR einflußreiche Positionen besetzt hatten und deren Andenken bis 1989 gepflegt wurde – ohne Auslassung des Stettiner Kapitels ihrer Biographie. Im Jahre 1976 erschien in der DDR sogar ein deutscher Sammelband mit Erzählungen über Stettiner Persönlichkeiten, in welchem die unklare Situation der Stadt bei Kriegsende zumindest erwähnt wird – wenn auch die seinerzeit zwischen Deutschen und Polen bestehenden Konflikte nicht thematisiert werden.¹⁴ Somit gab es in der DDR zwar keine Auseinandersetzung mit der Stettin-Frage, doch durch die (mitunter hagiographische) Erinnerung an Persönlichkeiten der DDR-Gründergeneration konnten die Stettiner Ereignisse von 1945 nicht gänzlich verschwiegen werden.¹⁵

Das zur Verfügung stehende (edierte) Quellenmaterial zur alliierten Deutschlandpolitik ist sehr umfangreich. Bereits 1956 wurde in den USA eine Edition der diplomatischen Dokumente der Konferenzen von Malta und Jalta veröffentlicht.¹⁶ Die speziell für die deutschen Ostgebiete relevanten Quellen wurden 1959 von Gotthold Rhode und Wolfgang Wagner ediert¹⁷, und im selben Jahr erschien in der DDR eine Edition zu dem gleichen Thema¹⁸. Eine eigene wissenschaftliche Edition der sowjetischen Protokolle gab 1968 Alexander Fischer heraus.¹⁹ 1984 erst folgten die entsprechenden britischen Dokumente.²⁰ Außerdem steht eine vielfältige Memoirenliteratur zur Verfügung. Von führenden Politikern auf seiten der Westalliierten bzw. der polnischen Londoner Exilregierung existieren Memoiren von dem britischen Premierminister Churchill²¹, dem ehemaligen US-Präsidenten Truman und dem

¹⁴ EGON RICHTER: Eine Stadt und zehn Gesichter, Rostock 1976.

¹⁵ Die Frage der Ostgebiete war für die SED in hohem Maße problematisch und daher tabuisiert. Siehe JÜRGEN DANYEL: Vergangenheitspolitik in der SBZ/DDR 1945-1989, in: Deutsch-polnische Beziehungen 1939-1945-1949, hrsg. von WŁODZIMIERZ BORO-DZIEJ und KLAUS ZIEMER, Osnabrück 2000, S. 265-295.

¹⁶ Deutsche Ausgabe: Die Konferenzen von Malta und Jalta. Dokumente vom 17. Juli 1944 bis 3. Juni 1945, hrsg. vom Department of State, Düsseldorf, o.J.

¹⁷ RHODE/WAGNER (wie Anm. 2).

¹⁸ Polen, Deutschland und die Oder-Neisse-Grenze, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit der Deutsch-Polnischen Historiker-Kommission, Berlin (Ost) 1959.

¹⁹ Teheran (wie Anm. 1). Diese Edition wurde jüngst ergänzt durch: Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Bd. 1: 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945, Moskva 1996; Bd. 2: 9. Mai 1945 bis 3. Oktober 1946, hrsg. von GEORGIJ P. KYNIN und JOCHEN LAUFER, Moskva 2000.

²⁰ Documents on British Policy Overseas. Ser. I, Vol. I. The Conference at Potsdam July-August 1945, hrsg. von ROHAN BUTLER, London 1984.

²¹ Dieser macht in seinem umfänglichen Memoirenwerk keine Mitteilung über Stettin und war auch gegen Ende der Potsdamer Konferenz gar nicht mehr anwesend. WINSTON S. CHURCHILL: The Second World War, London 1952.

polnischen Exilpremier Mikołajczyk sowie verschiedenen anderen Persönlichkeiten, die mit den Entscheidungen der Westalliierten betraut gewesen sind, z.B. US-Außenminister Edward Stettinius und (seit Juli 1945) James F. Byrnes, sowie des Stabschefs der US-Präsidenten Roosevelt und Truman, Admiral Leahy. Weiter liegen die Erinnerungen des US-Botschafters in Polen vor.²² Entsprechende Aufzeichnungen sowjetischer Politiker, Diplomaten oder Angehöriger des Lubliner Komitees sind jüngst veröffentlicht worden, so die Erinnerungen Zygmunt Berlings, des Kommandeurs der unter sowjetischem Kommando kämpfenden polnischen Armee, der Stalins Grenzentscheidung für das Gebiet von Stettin bewirkt haben will.²³ Seit 1995 liegt eine zweisprachige (deutsch-polnische) Edition erstrangiger Quellen zur Geschichte Stettins in den Jahren 1945/46 vor²⁴, die insbesondere für den Zeitraum nach dem 26. April 1945 bis dato unbekanntes Material enthält. Erst anhand dieser Dokumente ist es möglich, wesentliche Fragen der jüngeren Stettiner und deutsch-polnischen Geschichte zu beantworten. Diese ist – für den Zeitraum nach dem 26. April 1945 – die einzige deutschsprachige Dokumentensammlung zur Stettiner Geschichte. Ergänzt wurde diese Edition durch die Veröffentlichung von (teilweise übersetzten russischen) Dokumenten aus dem polnischen Außenamt.²⁵ In Polen wurden bereits früher mehrere Darstellungen mit entsprechenden Quellen und auch Dokumentensammlungen veröffentlicht, welche ebenfalls essentielles Material enthalten.²⁶ Des weite-

²² TRUMAN (wie Anm. 3); The diaries of Edward R. Stettinius, jr., 1943-1946, hrsg. von THOMAS M. CAMPBELL, New York 1975; JAMES F. BYRNES: In aller Offenheit, Frankfurt/M. o.J.; WILLIAM D. LEAHY: I Was There. The Personal Story of the Chief of Staff to the Presidents Roosevelt and Truman, New York 1950. Über die polnische Exilregierung in London berichten der ehemalige polnische Ministerpräsident STANISŁAW MIKOŁAJCZYK: The Pattern of Soviet Domination, London 1948; der ehemalige Botschafter der polnischen Exilregierung in den USA JAN CIECHANOWSKI: Vergeblicher Sieg, Zürich 1948, sowie der ehemalige US-Diplomat ARTHUR BLISS LANE: I Saw Poland Betrayed. An American Ambassador Reports to the American People, Indianapolis 1948.

²³ WŁADYSŁAW GOMUŁKA: Pamiętniki [Erinnerungen], Bd. II, Warszawa 1994; EDWARD OSÓBKA-MORAWSKI: Krawędź ciemności [Am Rand der Finsternis], Warszawa 1989; ZYGMUNT BERLING: Wspomnienia. Wolność na przetarg [Erinnerungen. Freiheit als Gegenleistung], Warszawa 1991. Vgl. GEORG W. STROBEL: Wie Stalin Grenzen in Ostmitteleuropa zog. Zu Zygmunt Berlings Erinnerungen, in: Osteuropa 42 (1992), S. 1078-1085.

²⁴ Stettin – Szczecin 1945-1946. Dokumente – Erinnerungen, Dokumenty – Wspomnienia, Rostock ²1995.

²⁵ JOACHIM MAI: „Von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang“. Polnische Dokumente über die Festlegung der deutsch-polnischen Grenze in Vorpommern im September/Okttober 1945, in: Deutsche Studien 1 (1998), S. 78-85.

²⁶ Pomorze Zachodnie w dokumentach 1945 [Westpommern in Dokumenten 1945], hrsg. von KAZIMIERZ KOZŁOWSKI u.a., Szczecin 1986; Szczecin w dokumentach 1945 [Stettin in Dokumenten 1945], hrsg. von TADEUSZ BIAŁECKI u.a., Szczecin 1980; Skarby szczecińskiego archiwum [Schätze des Stettiner Archivs], Szczecin 1979; Szczecin

ren sind die Memoiren einer Reihe von Persönlichkeiten erschienen, welche im Jahr 1945 maßgeblich die Geschehnisse der Stadt Stettin mitbestimmt haben, so die Erinnerungen der Bürgermeister Erich Wiesner und Piotr Zaremba, des mecklenburgischen Ministers Gottfried Grünberg, des ‚Szczeciner‘ Stadtrates Roman Łyczywek und des Wojewoden Leonard Borkowicz.²⁷ Die edierten persönlichen Aufzeichnungen deutscher Spitzenpolitiker der sowjetischen Besatzungszone enthalten keine Angaben über die Stettiner Ereignisse – obwohl diese nachweislich über die Ereignisse in Stettin informiert (jedoch anscheinend nicht aktiv beteiligt) waren.²⁸

Zur Aufhellung der Abläufe der polnischen Übernahme Stettins und der weiteren Ereignisse in diesem Gebiet existieren umfängliche Archivalienbestände im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv (MLHA), Schwerin, in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (BArch), Berlin, und im Vorpommerschen Landesarchiv (VPLA), Greifswald, in denen sich autobiographische Aufzeichnungen verschiedener KPD-Funktionäre und entsprechende KPD/SED-Personalunterlagen befinden.

w dokumentach polskiej służby dyplomatycznej 1945-1950 [Stettin in Dokumenten des polnischen diplomatischen Dienstes 1945-1950], Szczecin 1996.

²⁷ Piotr Zaremba hat umfangreiche Erinnerungen hinterlassen, die zum Teil mit geringem zeitlichen Abstand zu den Ereignissen geschrieben wurden und daher ein hohes Maß an Authentizität bieten könnten. Die polnischen Darstellungen bezeichnen Zaremba regelmäßig als Hauptquelle zur „polnischen Geschichte“ Stettins. Doch häufig stimmen seine, in wesentlichen Passagen nur vagen Angaben nicht mit den übrigen verfügbaren Schilderungen überein. PIOTR ZAREMBA: *Pierwszy szczeciński rok 1945* [Das erste Stettiner Jahr 1945], Poznań 1966; DERS.: *Wspomnienia prezydenta szczecina 1945-1950* [Erinnerungen des Bürgermeisters von Stettin], Poznań 1977; DERS.: *Walka o polski Szczecin* [Kampf um das polnische Stettin], Wrocław 1986. ERICH WIESNER: *Man nannte mich Ernst*, Berlin (Ost) 1956. Diese zentrale Quelle (die in der DDR in vielfacher Auflage vorlag, zuletzt 6. Aufl. 1984) wurde von der bundesdeutschen Forschung überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Breyer und Eissner haben Wiesner nicht herangezogen. Und Hoffmann macht vage Angaben über einen „Altkommunisten, der sich heute in Mitteldeutschland aufhalten soll“ (EGBERT A. HOFFMANN: *Pommern heute. Ein Reisebericht*, München 1968, S. 21 f.). GOTTFRIED GRÜNBERG: *Kumpel, Kämpfer, Kommunist*, Berlin (Ost) ²1980; ROMAN ŁYCZYWEK: *Żywot i sprawy* [Leben und Sachverhalte], Szczecin 1995; Leonard Borkowicz. *Pierwszy Wojewoda Szczeciński. Dokumenty i Komentarze 1945-1949* [Leonard Borkowicz. Erster Wojewode Stettins. Dokumente und Kommentare 1945-1949], hrsg. von ZDZISŁAW CHMIELEWSKI und KAZIMIERZ KOZŁOWSKI, Szczecin 1986. Die Erinnerungen Borkowiczs sind nur auszugsweise und kommentiert veröffentlicht und von ihm mit zwanzigjährigem Abstand verfaßt worden. Er nimmt zur Darstellung der frühen Ereignisse häufig Bezug auf Zaremba. Insgesamt vermitteln diese Aufzeichnungen den Eindruck, daß Borkowicz bemüht war, bestimmte Details nicht mitzuteilen, bzw. die Editoren der Aufzeichnungen eine entsprechende Auswahl getroffen haben.

²⁸ *Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland*, hrsg. von GÜNTER BENSER und H.-J. KRUSCH, München 1994; *Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Dokumente*, hrsg. von ERNST GODER u.a., Berlin 1994; *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953*, hrsg. von ROLF BADSTÜBNER und WILFRIED LOTH, Berlin 1994.

den.²⁹ Dieses Material enthält eine Fülle von Hinweisen, die mit den übrigen Quellen verglichen werden können. Auch sind dort vertrauliche Unterlagen enthalten, die nur der KPD-Parteileitung bekannt waren und als erstrangige Quellen angesehen werden müssen.³⁰ Ebenfalls im MLHA bzw. VPLA sind die Bestände der von der Grenzziehung betroffenen deutschen Kommunen sowie von deren KPD-Parteigliederungen archiviert.³¹

Die alliierten Entscheidungen zu Stettin

Bereits im Dezember 1941 unterbreitete Stalin dem britischen Außenminister Eden in Moskau seinen Plan, die Curzonlinie³² als polnische Ostgrenze beibehalten zu wollen und Polen territorial auf Kosten des Deutschen Reiches zu entschädigen. Auf der Konferenz von Teheran verständigten sich die Alliierten dann auf eine solche Politik. Doch die „Großen Drei“³³ legten sich noch nicht auf konkrete Pläne fest, sondern behielten sich vor, zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden, welche Gebiete des Deutschen Reiches künftig zu Polen gehören sollten.

Von der Entscheidung, wie weit Polen nach dem Krieg seine Grenze nach Westen verlegen dürfte, war auch abhängig, ob das pommersche Stettin deutsch bleiben oder polnisch werden würde. Ob und welche Entscheidungen oder Planungen auf der Seite der Alliierten bezüglich Stettins bestanden, ist unklar. Stalin nahm – wie erwähnt – bereits früh den Standpunkt einer Kompensation Polens durch Gebiete des Deutschen Reiches ein. Doch bevor er mit den übrigen Alliierten solche Pläne diskutierte oder gegenüber Polen ent-

²⁹ MLHA: Bezirksparteiarchiv des SED-Bezirk Schwerin, Nachlaß- und Personenfonds. Bestände Gottfried Grünberg, Erich Spiegel, Erich Wiesner. VPLA: Bezirksleitung Rostock der SED. Sammlungen, Erinnerungen, Nachlässe. Arthur Gäbler, Bestand Nr. V/5/499; Gottfried Grünberg, Bestand Nr. V/5/625; Hans Warnke, Bestand Nr. V/5/298. BArch: Karl Raab, Erinnerungen, Bestand Nr. SgY 30/1233/1; Johannes (Hans) Warnke, Erinnerungen, Bestand Nr. SgY 30/1340; Karl Lawonn, Erinnerungen, Bestand Nr. SgY 30/1070; Herta Geffke, Erinnerungen, Bestand Nr. SgY 30/0257; Erich Wiesner, Erinnerungen, Bestand Nr. SgY 30/1016.

³⁰ So z.B. der „Abschlußbericht über die Stettiner Organisation der KPD“ vom 14. Juli 1945 von Erich Wiesner, MLHA. Bezirksleitung der SED Schwerin. Bezirksparteiarchiv. Nachlaß- und Personenfonds. Bestand Erich Wiesner, V/6/1/6.

³¹ MLHA. Kreistag / Rat des Kreises Usedom/Wollin 1945/46; Kreistag / Rat des Kreises Randow 1945/46; Bezirksleitung Schwerin der SED. Bezirksparteiarchiv. Landesleitung der KPD Meckl.; Kreisleitung der KPD Randow 1945/46, Bestand Nr. I/21; Kreisleitung der SPD Usedom; Bezirksleitung Schwerin der SED. Bezirksparteiarchiv. Landesleitung der KPD Meckl., Kreisleitung der KPD Usedom 1945/46. VPLA. Kreisvorstand der SPD Usedom, Bestand Nr. I/3; Kreisleitung der KPD Usedom. Berichte und Informationen der KPD, Bestand Nr. I/3/25/26.

³² Zu Entstehung und Verlauf der Curzonlinie siehe: GOTTHOLD RHODE: Die Entstehung der Curzon-Linie, in: Osteuropa 5 (1955), S. 81-92.

³³ Großbritannien, die UdSSR und die USA.

sprechende Zusagen machte³⁴, galt sein Interesse der Festschreibung der Curzonlinie als künftige polnisch-sowjetische Grenze. Deshalb ist die Frage der Abtretung deutscher Gebiete an Polen nicht zu trennen von der Annexion polnischer Gebiete durch die UdSSR. Die Außenminister der beiden Westalliierten stellten im Februar 1945 fest, daß beide Regierungen prinzipiell der Curzonlinie zustimmten (die Amerikaner mit Einschränkungen) und sie (uneingeschränkt) eine Kompensation im Westen wünschten. Dabei hatten ihre Positionen im Laufe des Krieges gravierende Änderungen erfahren. Die Auffassung der Sowjetunion dagegen blieb in wesentlichen Fragen unverändert. Wollten die britische und die amerikanische Regierung noch nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion „keine der in Polen seit dem August 1939 vorgenommenen territorialen Veränderungen anerkennen“³⁵, so hatten sie diese Zusicherung an ihren bedrängten polnischen Partner bereits in Teheran aufgegeben. Galt bis zur Konferenz von Teheran noch der unbedingte Alleinvertretungsanspruch der polnischen Exilregierung und erklärte Präsident Roosevelt noch in Jalta, daß die Lubliner Regierung nicht anerkannt werde, so trennte man sich Ende Juni 1945 von der Exilregierung und verhandelte mit der neugeschaffenen Provisorischen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit. Lautete die ursprüngliche westalliierte Position zur polnischen Westgrenze, daß diese durch die Oderlinie gebildet werden sollte, so anerkannte man nun die (westlichere) Lausitzer Neiße und duldete sogar, daß die Grenze im Bereich der unteren Oder auf das westliche Ufer übergriff – vorbehaltlich eines späteren Friedensvertrages.³⁶ Diese Grenzverschiebung nach Westen war den Westalliierten noch während der Potsdamer Konferenz bekannt geworden³⁷ – einen Einfluß auf die dortigen Entscheidungen hatte sie jedoch nicht. Denn nach langandauernden Diskussionen wurde am 31. Juli 1945 der amerikanische Entwurf zur polnischen Westgrenze beschlossen: „The three Heads of Government agree that, pending the final determination of Poland's western frontier, the former German territories east of a line running from the Baltic Sea through Swinemünde, and thence along the River Oder to the

³⁴ Am 27. Juli 1944 schlossen das moskautreue Polnische Nationale Befreiungskomitee (*Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego, PKWN*) und die UdSSR ein Abkommen über die polnischen Staatsgrenzen, in welchem Stalin Polen die Stadt Stettin zusicherte. ALEXANDER USCHAKOW: Stalins Anteil an der Entstehung der Oder-Neiße-Linie, in: *Das Potsdamer Abkommen und die Deutschlandfrage*, Teil I: Geschichte und rechtliche Grundfragen, hrsg. von FRIEDRICH KLEIN und BORIS MEISSNER, Wien 1977, S. 67-90, hier S. 89 f.

³⁵ Note des britischen Außenministers Eden an die polnische Exilregierung in London vom 30. Juli 1941 sowie Erklärung des amerikanischen Außenministeriums vom 31. Juli 1941, in: RHODE/WAGNER (wie Anm. 2), S. 27 f.

³⁶ Spätestens ab Februar 1945 waren sich die Westalliierten bewußt, das Lubliner Komitee wünsche – „ohne Zweifel mit russischem Einverständnis – [...] nicht nur die Oder als Grenze einschließlich Stettin und Breslau, sondern auch die westliche Neiße als Grenze“. Dies berichtete der britische Außenminister Eden Churchill am 1. Februar 1945, in: *Die Konferenzen von Malta und Jalta* (wie Anm. 16), S. 475.

³⁷ BUTLER (wie Anm. 20), S. 769 f.

confluence of the western Neisse River and along the western Neisse to the Czechoslovak frontier, [...], shall be under the administration of the Polish State and for such purposes should not be considered as a part of the Soviet zone of occupation in Germany.“³⁸ Dieser Wortlaut beschreibt also eine Grenzlinie, die durch die Stadt Swinemünde, durch das Oderhaff und weiter angelehnt an einen der beiden Oderarme östlich der Stadt Stettin die Oder hinauf nach Süden verlaufen müßte.

Doch ein solcher Grenzverlauf war von Stalin nicht beabsichtigt. Truman berichtet, nachdem alle Parteien dieser Lösung der polnischen Frage zugestimmt hätten, habe Stalin noch bemerkt „Stettin gehört zum polnischen Gebiet“, worauf Bevin antwortete: „Ja, wir müssen aber die Franzosen informieren“.³⁹ Leahy hatte sehr wohl bemerkt, daß der Entwurf vom 31. Juli den Grenzverlauf bei Stettin nicht im sowjetischen und polnischen Sinne beschrieb. Er berichtet über die Sitzung vom 31. Juli: „I was not clear wheather Stettin was included, although later I found out it was. [...]“⁴⁰ Diese Unklarheit konnte jedoch schwerlich von dem vorgelegten Text herrühren, denn dessen Formulierung war eindeutig: „[...] from the Baltic Sea through Swinemünde, and thence along the River Oder [...]“.⁴¹ Nach dem Wortlaut dieses Entwurfes hätte die Grenze also östlich von Stettin verlaufen sollen. Leahys Aussage ist also ein deutlicher Hinweis, daß er die Diskrepanz zwischen dem verfaßten Text und den vorherigen Beratungen erkannt hat und daß während der Konferenz über diese Frage gesprochen worden ist oder aber – stillschweigendes – Einvernehmen bestand, Stettin an Polen zu übergeben. Trotzdem wurde der Entwurf fast unverändert so verabschiedet: „Es wurde folgendes Abkommen bezüglich der Westgrenze Polens erzielt: [...] Die drei Regierungschefs stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde [im Wortlaut des Entwurfes: durch Swinemünde, d. Vf.] und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße [...] verläuft, [...] unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.“⁴² Der so beschriebene Grenzverlauf kann Stettin unmöglich einschließen, d.h. den Stettiner Zipfel vom Gebiet der SBZ lostrennen.

Die deutsche Nachkriegsverwaltung Stettins

Bei der nach Deutschland eindringenden Roten Armee befanden sich Gruppen ausgewählter deutscher kommunistischer Exilanten und Kriegsge-

³⁸ Ebenda, S. 1072.

³⁹ TRUMAN (wie Anm. 3), S. 414.

⁴⁰ LEAHY (wie Anm. 22), S. 423.

⁴¹ BUTLER (wie Anm. 20), S. 1072.

⁴² Mitteilung über die Berliner Konferenz der drei Mächte, in: Teheran (wie Anm. 1), S. 401.

fangener, welche den sowjetischen Befehlshabern bei der künftigen Verwaltung der besetzten Gebiete assistieren sollten. Diese waren in der UdSSR für ihre zukünftige Aufgabe in Deutschland politisch geschult worden und sollten nach strikter Regie der sowjetischen Besatzungsmacht in den folgenden Monaten deren Herrschaftsapparat in der SBZ – anfangs noch lokal begrenzt – errichten helfen.⁴³ Sie waren dort Hilfsorgane der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee und empfingen von dieser Weisungen, d.h. diese Gruppen agierten nicht unter Führung oder im Namen der deutschen Exil-KPD, sondern auf Weisung der sowjetischen Besatzungsbehörde.

Die erste Gruppe unter der Führung des Exilkommunisten Walter Ulbricht wurde am 30. April 1945 nach Frankfurt/Oder eingeflogen, zwei weitere unter der Führung von Anton Ackermann und Gustav Sobottka folgten wenig später. Letzterer sollte mit seiner Gruppe für die Region Mecklenburg-Pommern zuständig sein.⁴⁴ Über ihre Arbeit berichteten sie in loser Folge dem in Moskau verbliebenen Wilhelm Pieck, welcher jedoch keinen Einfluß auf ihren Einsatz ausüben konnte. Zu der im Raum Mecklenburg-Pommern eingesetzten Gruppe von Gustav Sobottka bestand sogar längere Zeit keinerlei Verbindung.⁴⁵

Am 6. Mai 1945 erreichte dessen zehnköpfige Gruppe das pommersche Stargard und begann, die dortige zivile Verwaltung im Sinne der sowjetischen Besatzungsmacht zu organisieren, d.h. „1) demokratische Selbstverwaltungsorgane zu schaffen, 2) das Wirtschaftsleben in Gang zu bringen, 3) die KPD auf die Wiederzulassung und 4) den Aufbau freier Gewerkschaften vorzubereiten“.

⁴³ GERHARD KEIDERLING: „Gruppe Ulbricht“ in Berlin. April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedegründung der KPD im Juni 1945, Berlin 1993; GERHARD WETTIG: Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955, München 1999, S. 57-68; PETER ERLER: „Moskau-Kader“ der KPD in der SBZ, in: Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, hrsg. von MANFRED WILKE, Berlin 1998. Ulbricht selbst prägte später für diese Gruppen die für die DDR-Historiographie verbindliche Bezeichnung ‚Initiativgruppen‘. WALTER ULBRICHT: Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Berlin (Ost) 1955, S. 63.

⁴⁴ Gustav Sobottka (1886-1953) war bereits nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in die USPD und schließlich 1920 in die KPD eingetreten und seitdem hauptamtlicher Funktionär der Partei in verschiedenen Funktionen gewesen (1921-1932 Abgeordneter des preußischen Landtages, innerhalb der Partei zuständig für Gewerkschaftsfragen). Seit 1933 lebte er auf der Flucht (Saargebiet, Frankreich) und seit 1935 im Exil in Moskau. HELMUT MÜLLER-ENBERGS u.a.: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2000, S. 803 f.; HELGA ALBERT: Gustav Sobottka. Lebensbild eines Kommunisten, Bergarbeiters und Staatsfunktionärs, phil. Diss., Berlin (Ost) 1977.

⁴⁵ Die SED behauptete später, diese Gruppen seien formal „Beauftragte des ZK“ der in Moskau exilierten KPD gewesen. Diese Bezeichnung täuscht jedoch über die völlige Abhängigkeit der Remigranten wie auch Piecks von sowjetischen Instruktionen hinweg. Vgl. KEIDERLING (wie Anm. 43), S. 44.

reiten“.⁴⁶ Sie bemühte sich, im sowjetisch besetzten Teil Mecklenburgs (die vorläufige Demarkationslinie zum britisch besetzten Teil verlief noch östlich von Schwerin) und im westlichen Pommern Verbindung zu den sowjetischen Kommandanturen aufzunehmen, Vertrauensleute zu werben und eigene Strukturen aufzubauen.

Doch als Sobottka am 6. Mai 1945 in Stettin eintraf, bestand dort bereits seit Anfang (wahrscheinlich 3.) Mai eine von sowjetischen Truppen installierte deutsche Zivilverwaltung. Diese leitete Erich Spiegel, ein desertierter Wehrmachtssoldat, der als Angehöriger des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ (NKFD) mit der Roten Armee nach Deutschland zurückgekommen und durch sie zum Oberbürgermeister ernannt worden war. Die Umstände der Amtsübernahme Spiegels sind unklar, eine offizielle Biographie seitens der SED behauptet, er sei „in enger Abstimmung mit den Genossen der Initiativgruppe des ZK der KPD unter der Leitung von Gustav Sobottka als Bürgermeister in Stettin eingesetzt“ worden.⁴⁷ Da Spiegel sein Amt bereits seit dem 3. Mai 1945 ausübte, die Gruppe Sobottka aber erst am 6. Mai in Stettin eintraf und bis dahin keinerlei Kontakt zu den örtlichen Militärdienststellen und den NKFD-Helfern hatte, muß bezweifelt werden, ob die Moskauer-Kader von Spiegels Ernennung und der allgemeinen Tatsache, daß in Stettin bereits eine deutsche Verwaltung existierte, unterrichtet und damit einverstanden waren oder ob dies möglicherweise ihren Weisungen widersprach. In den Parteiakten der SED über Spiegel findet sich hierzu kein Hinweis, auch ein von Spiegel selbst verfaßter Lebenslauf gibt keinen Aufschluß über dessen Verhältnis zu Sobottka.⁴⁸

Zeitgleich mit der Ernennung Spiegels zum Oberbürgermeister gründete sich in der Stadt unter der Führung von Erich Wiesner – und ohne jede Ver-

⁴⁶ HEINZ VOSSKE: Über die Initiativgruppe des Zentralkomitees der KPD in Mecklenburg-Vorpommern (Mai bis Juli 1945), in: Beiträge zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung 6 (1964), S. 425 f.

⁴⁷ Schriftenreihe zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Mecklenburg, H. 17, Genossen erinnern sich – wir erinnern an Genossen, Schwerin 1986, S. 39 f.

⁴⁸ MLHA. Bezirksleitung Schwerin der SED. Bezirksparteiarchiv. Genosse Erich Spiegel. Wie sehr sich Sobottkas Gruppe überhaupt in Stettin engagiert hat, geht aus den Quellen nicht hervor, denn aus den Unterlagen der Stettiner Stadtverwaltung ist keine Aktivität dieser Moskauer-Kader in der Stadt nachzuweisen. Müller behauptet dagegen, die Gruppe Sobottka habe von Stettin aus gewirkt. WERNER MÜLLER: Mecklenburg-Vorpommern zwischen sowjetischer Besatzung und Gründung der DDR, in: Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“, hrsg. vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1998, Bd. I, S. 260. Sobottka selbst wurde Anfang Juni mit allen Angehörigen der drei Initiativgruppen nach Moskau zurückbeordert, um über die bisherige Arbeit zu berichten. Dabei erwähnt er keinen dauernden Sitz seiner Gruppe, berichtet aber über die schwierige Lage in Stettin; vgl. JOCHEN LAUFER: „Genossen, wie ist das Gesamtbild?“ Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S. 355-371.

bindung nach außen – eine KPD-Parteioorganisation.⁴⁹ Dies geschah spätestens am 3. Mai 1945, d.h. wiederum vor dem Eintreffen der Initiativgruppe und deutlich vor der Zulassung politischer Parteien am 10. Juni 1945.⁵⁰ Da die KPD sich in Stettin ohne Zutun und Wissen Sobottkas oder einer anderen durch die moskaugeleitete KPD legitimierten Parteistelle konstituiert hatte, bedeutet dies, daß die aus der UdSSR gesandte Initiativgruppe weder auf die Besetzung der Stadtverwaltung noch auf die ebenso wichtige Ernennung des örtlichen KPD-Parteivorsitzenden hatte einwirken können – eine Tatsache, die Wiesner später ausdrücklich betont hat.

Für die Sowjets war das Parteiamt als Legitimation das wesentliche Kriterium für die Besetzung der Verwaltung, denn der sowjetische Stadtkommandant übertrug Wiesner nun das noch von Spiegel bekleidete Amt des Oberbürgermeisters. Das heißt, der Roten Armee war die politische Zuverlässigkeit des Magistrates wichtiger als dessen fachliche Eignung (ungeachtet der tatsächlichen Eignung und Leistungen des Magistrates bis dato).⁵¹ Ulbricht hob später dieses politische Auswahlkriterium hervor: „Es waren also keine Berufsbeamte mit Fachpraxis und Ausbildung, welche die Führung in den neuen Verwaltungen in die Hände nahmen, sondern zuverlässige Demokraten.“⁵² Die Ernennung Wiesners zum neuen Oberbürgermeister Stettins als Nachfolger Spiegels läßt diese sowjetische Prämisse des Bruches mit den alten hergebrachten Eliten deutlich erkennen. Es ist allerdings erstaunlich, daß die sowjetische Verwaltung einen in der Illegalität im Deutschen Reich verbliebenen Kommunisten gegenüber dem umgeschulten Kriegsgefangenen und NKFD-Funktionär Spiegel und den Moskau-Kadern der Gruppe Sobottka bevorzugte. Erich Wiesner berichtet, er habe seine eigene Nominierung für diesen Posten der Entscheidung der neugegründeten KPD überantwortet. Diese habe zugestimmt und eine Liste mit weiteren personellen Vorschlägen für den Magistrat erstellt, welche Wiesner dem sowjetischen Kommandanten

⁴⁹ Wiesner (geb. 1897) war bereits vor dem Ersten Weltkrieg Mitglied der SPD geworden, trat dann nach dessen Ende der KPD bei, wurde hauptamtlicher Parteifunktionär und nach 1933 inhaftiert. Gegen Kriegsende gelang es ihm, aus dem Konzentrationslager zu fliehen und in Stettin unterzutauchen. Wiesner hat eine Autobiographie verfaßt, die von seinem Wirken in Stettin berichtet: WIESNER (wie Anm. 27). Darüber hinaus lagert im ehemaligen Bezirks- und im zentralen Parteiarchiv der SED ein umfänglicher Nachlaß Wiesners: BArch. Erich Wiesner, Erinnerungen; MLHA. Bezirksleitung Schwerin der SED. Bezirksparteiarchiv. Nachlaß- und Personenfonds. Bestand Erich Wiesner.

⁵⁰ „Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland zur Bildung und Tätigkeit von antifaschistischen Parteien [...] vom 10. Juni 1945“, in: Dokumente des geteilten Deutschlands. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von INGO VON MÜNCH, Stuttgart ²1976, S. 286 f.

⁵¹ Karl Lawonn schreibt über seine eigene Eignung für das Amt eines Stettiner Gesundheitsdezernenten nicht ganz unkritisch, ihm sei zugute gekommen, daß er sich in der Vergangenheit bereits einmal als „Masseur und Badegehilfe für medizinische Bäder ein Jahr beschäftigt hatte“, in: BArch. Karl Lawonn, Erinnerungen, pg. 65.

⁵² ULBRICHT (wie Anm. 43), S. 79.

vorgelegt habe.⁵³ So sei er anstelle von Spiegel neuer Oberbürgermeister des zerstörten und besetzten Stettin geworden. Dies geschah selbstverständlich mit Billigung der sowjetischen Kommandantur, jedoch an der Gruppe der in Moskau instruierten Kommunisten vorbei, welche sich nicht hatten durchsetzen können. Dieser Magistrat hat bis zu seiner Auflösung auf Befehl der sowjetischen Militärverwaltung in Stettin gewirkt.

Dessen selbstgesetzte Aufgaben und Tätigkeiten unter sowjetischer Kontrolle und das Schicksal der Stadt Stettin und ihrer (deutschen) Bevölkerung in den Tagen nach der Einnahme lassen sich anhand der erhaltenen Unterlagen gut rekonstruieren. Der zuerst ernannte deutsche Oberbürgermeister Spiegel begann unverzüglich, eine kommunale Verwaltung zu errichten, welche die dringlichsten Aufgaben – Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Wohnraum sowie den Aufbau einer medizinischen Betreuung – organisierte. Dabei stand Spiegel wie auch sein Nachfolger Wiesner vor dem Problem, daß in der Stadt nach dem Abzug der deutschen Truppen keinerlei Vorräte vorhanden waren und neue Lebensmittel durch die Rote Armee zur Verfügung gestellt werden mußten. Die Situation wurde noch dadurch verschärft, daß nicht nur die deutsche Stettiner Wohnbevölkerung, sondern auch Durchreisende und polnische Neusiedler Unterkünfte und Nahrung benötigten. Der deutsche Magistrat war jedoch – laut Weisung der Besatzungsmacht – nur für die deutsche Bevölkerung verantwortlich und hat diese Verantwortung auch nur so wahrgenommen. Über Spiegels und Wiesners Tätigkeit geben interne Protokolle Auskunft, welche als Berichte verschiedener Sachgebietsleiter entstanden und in einem sachlichen Berichtsstil gehalten sind. Ihre Verfasser beschönigen die Situation in der zerstörten Stadt keinesfalls, sondern geben offen Auskunft, selbst interne Konflikte werden mitgeteilt. Angesprochen werden hauptsächlich Probleme der Wohnraumsituation, der Ernährung der Bevölkerung, des (Zwangs-)Arbeitseinsatzes, der Sicherheit der in Stettin lebenden (deutschen) Bevölkerung (vor Übergriffen russischer Soldaten, polnischer Einwohner sowie krimineller Banden), der Aufräumarbeiten in der Stadt und der Wiederherstellung der Infrastruktur (Elektrizitäts-, Wasserversorgung etc.). Die Frage des weiteren politischen Schicksals Stettins wird nicht explizit erörtert, doch finden sich Hinweise auf das gespannte Verhältnis zwischen Polen und Deutschen und die (feindselige) parallele Existenz zweier Verwaltungen. So wird in den deutschen Akten immer wieder die Klärung der „Polenfrage“ angemahnt, d.h. der in der Stadt lebenden Polen und ihres Verhaltens gegenüber der deutschen Bevölkerung.

Auf Anordnung der sowjetischen Stadtkommandantur hatte sich die in der Stadt verbliebene deutsche Bevölkerung geschlossen in einem Gebiet anzusiedeln, wofür der nördliche Stadtteil Zabelsdorf bestimmt wurde. Inwieweit

⁵³ Dies waren ausschließlich Kommunisten bzw. einige Sozialdemokraten. Über die Zusammensetzung dieses Magistrates liegt ein Dokument vor, welches detailliert alle beteiligten Personen und ihre Funktionen benennt, in: Stettin – Szczecin (wie Anm. 24), S. 173 ff.

dieser Anordnung Folge geleistet wurde bzw. wegen des knappen Wohnraumes überhaupt geleistet werden konnte, läßt sich nicht mehr feststellen.⁵⁴ In der ersten Hälfte des Monats Juni wurde der Bereich der deutschen Siedlung erheblich erweitert, danach siedelte die deutsche Bevölkerung in einem breiten Streifen entlang der westlichen Peripherie der Stadt.

Der deutschen Bevölkerung war es bereits frühzeitig untersagt worden, die östlichen (von neu ankommenden Polen bevölkerten) Stadtteile zu betreten. Auch durften Deutsche nicht die Oder nach Osten überschreiten. Da aber täglich mehr Deutsche in die Stadt kamen, stellte dies den Magistrat vor das Problem, immer mehr Menschen versorgen zu müssen, denn unmittelbar nach Ende der Kämpfe im Raum Mecklenburg und Pommern (beginnend noch vor der Kapitulation des Reiches) kehrten viele Flüchtlinge von dort – freiwillig oder nach Aufforderung durch die Behörden – nach Stettin oder in weiter östlich gelegene Reichsgebiete zurück. Gleichzeitig wurden aber Deutsche aus ihren Heimatorten östlich der Oder (Ostpommern/Ostpreußen) nach Westen ausgewiesen. Infolgedessen kam es bei Stettin beiderseits der Oder zu einem Stau deutscher Flüchtlinge, die vor der Stadt lagerten und dort auf eine Gelegenheit bzw. Erlaubnis warteten, weiterziehen zu können. Die Versorgung dieser Menschen stellte die deutsche Stadtverwaltung vor zusätzliche Probleme, betrug ihre Zahl doch mehr als 10 000 Personen. Zeitweilig bestand ein Zuzugsverbot für Stettin, so daß die Stadt von Westen (wo die deutsche Bevölkerung lebte) abgeriegelt wurde, somit aber auch kein Warenverkehr mit dem Umland stattfinden und sogar die umliegenden Felder nicht bestellt werden konnten.

Zeitgleich strömten polnische ‚Neusiedler‘ in den Ostteil der Stadt in der Hoffnung, Stettin werde künftig polnisch sein und ihnen zur neuen Heimat werden. Doch auch dort bot sich den Menschen weder Unterkunft noch Nahrung, die Versorgung war zusammengebrochen und die Sicherheit in der Stadt wurde durch die sowjetischen Truppen noch nicht gewährleistet.

Einen detaillierten Einblick in die Lage geben die offensichtlich in loser Folge gefertigten Protokolle der Stadtratssitzungen sowie die Arbeitsberichte der städtischen Verwaltung. In einem solchen Bericht schreibt der für die Ernährung zuständige Stadtrat am 18. Juni 1945, daß aufgrund der vielen zu versorgenden Menschen in der Stadt die Lebensmittelknappheit in Kürze zu einer „Katastrophe“ führen müsse. Bürgermeister Wiesner kommt am 19. Juni 1945 zu dem gleichen Schluß und beziffert den Zustrom in das „Schutzgebiet“ (d.h. nach Stettin), in dem 60 975 Deutsche registriert waren, auf täg-

⁵⁴ Der Befehl ist als Dokument nicht erhalten, doch verschiedene Erinnerungen berichten übereinstimmend hierüber, u.a.: Wiesner, in: BArch. Erich Wiesner, Erinnerungen, pg. 114. Von der deutschen Verwaltung wurde dieser Stadtbezirk als „Deutscher Bezirk Zabelsdorf“ bezeichnet. „Wochenbericht der Stettiner Stadtwerke“ vom 30. Juni 1945, in: Stettin – Szczecin (wie Anm. 24), S. 177 f.

lich 2000 Personen. Die „allgemeine Versorgungslage“ sei „katastrophal“.⁵⁵ Es sind mehrere Berichte der Stadtverwaltung gleichen Inhalts erhalten, welche die dramatische Lage sehr eindringlich beschreiben. Zugleich lassen diese Berichte durch ihre Diktion und Thematik aber bereits während dieser unmittelbaren Nachkriegszeit ein erstaunliches Maß an suggerierter Normalität erkennen, wie die ganze Tätigkeit der Verwaltung angesichts der Umstände souverän und routiniert erscheint. So verzeichnet ein Arbeitsbericht vom 1. Juli sogar eine Ehescheidung⁵⁶ und auch kulturelle Fragen; z.B. ist ein interner Vorgang der Verwaltung erhalten, in der die „Abtlg. [Abteilung, d. Vf.] VII Kulturstadt“ am 16. Mai bittet, eine Genehmigung zur Nutzung von Kirchenräumen für Gottesdienste zu erteilen⁵⁷. Die – von Wiesner als „Räterepublik“ beschriebene⁵⁸ – Selbstverwaltung des deutschen Gebietes unterhielt sogar ein eigenes Polizei- und Justizwesen. Der „Tätigkeitsbericht der Abt. III Polizei- und Justizverwaltung“ vom 15. Juni 1945 weist einen Personalbestand von 351 Mann Schutzpolizei, 93 Mann Feuerlöschpolizei und 7 Justizangestellten aus.⁵⁹ Die Rechtsgrundlage dieser Justizverwaltung bildete (oder sollte bilden) ein eigenes Stettiner Stadtrecht, welches bereits im Juni als Entwurf vorgelegen hat. Ob dieses jemals ‚legalisiert‘ worden ist oder sogar tatsächlich Anwendung gefunden hat, ist nicht bekannt. Regelungsgegenstand dieses ‚Gesetzes‘ waren Arbeitspflicht, Eigentumsdelikte, Urkundenfälschung, Körperverletzung, Wirtschaftsdelikte (unberechtigter Besitz- und Handel von Lebensmitteln) und staatsfeindliche (d.h. „faschistische“) Betätigung.⁶⁰

Die Zustände in der Stadt waren allerdings keinesfalls tatsächlich so geordnet, wie diese Dokumente vermuten lassen könnten. Vielmehr war die Lage der Bevölkerung bestimmt von der „katastrophalen Versorgungslage“⁶¹, der Recht- und Schutzlosigkeit der Deutschen und der Knappheit von Wohnraum. Dementsprechend galt die vorrangige Sorge der deutschen Verwaltung der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum und insbesondere mit Le-

⁵⁵ „Bericht über das Bevölkerungs- und Ernährungsproblem Stettins“, in: Stettin – Szczecin (wie Anm. 24), S. 155 ff.

⁵⁶ „Tätigkeitsbericht vom 30. Juni und 1. Juli 1945“, in: Archiwum Państwowe Szczecin, Zarząd Miejski i Miejska Rada Narodowa Szczecin [Staatsarchiv Stettin, Stadtverwaltung und Nationalrat der Stadt Stettin].

⁵⁷ „[...] Eine schriftliche Bestätigung dafür gaben wir noch nicht, sondern ersuchen Abteilung I und II darum, dieselbe zu erteilen. Weiterhin stellte der Herr Pfarrer das Ersuchen, Sonntag, den 20. Mai (Pfingsten) wenigstens für den Nachmittag als arbeitsfrei zu erklären, damit die Möglichkeit vorliege, einen Gottesdienst abzuhalten. Wir bitten in dieser Frage um Rückäußerung“, ebenda.

⁵⁸ „Bemerkungen zu dem Referat des Genossen H. Voßke“, MLHA. Bezirksleitung Schwerin der SED. Bezirksparteiarchiv. Nachlaß- und Personenfonds. Bestand Erich Wiesner, V 6/1/6.

⁵⁹ „Tätigkeitsbericht der Polizei- und Justizverwaltung vom 16. Juni 1945“, in: Stettin – Szczecin (wie Anm. 24), S. 145 ff.

⁶⁰ MLHA. Bezirksleitung Schwerin der SED. Bezirksparteiarchiv. Nachlaß- und Personenfonds. Bestand Erich Wiesner, V 6/1/6.

⁶¹ Diese Formulierung findet sich in einer Vielzahl von Berichten des Magistrates.

bensmitteln sowie der Klärung der ‚Polenfrage‘.⁶² Auf die letztgenannte wird im weiteren noch einzugehen sein, denn die politische Frage der künftigen Zugehörigkeit Stettins war – zumindest für die in Stettin agierenden deutschen wie polnischen Funktionäre und die sowjetischen Militärs – noch unklar.

Die im Magistrat vertretenen Kommunisten richteten angesichts dieser Situation am 20. Mai 1945 an die sowjetische Stadtkommandantur Stettins ein Memorandum, in dem sie um Abhilfe baten.⁶³ Eine Antwort auf dieses Memorandum ist nicht überliefert, doch die Lage in der Stadt verschlechterte sich weiter, so daß Bürgermeister Wiesner am 6. Juni eine Petition an die Regierung der UdSSR sowie an die Interalliierte Kontroll-Kommission in Berlin richtete, eine weitere folgte am 12. Juni. Darin bat er nochmals, „unserer in grosser Not befindlichen Stadt Beistand zu gewähren“, da „sonst eine Katastrophe unvermeidlich erscheint“.⁶⁴ Inwieweit diese Petitionen dort tatsächlich zur Kenntnis gelangten, ist nicht bekannt, doch auf der Stadtratssitzung des 17. Juni 1945 berichtete Wiesner, daß der sowjetische Stadtkommandant mit den Petitionen zu Marschall Žukov gefahren, das Ergebnis aber negativ gewesen sei.⁶⁵ Der Stadtkommandant von Stettin soll jedoch – womöglich unter dem Eindruck der Petitionen – Bürgermeister Wiesner eine mündliche Zusicherung gegeben haben, daß dessen Behörde auch künftig die einzig legale Stadtverwaltung sein solle und es keine polnischen Bezirke in Stettin geben werde. Ob die deutsche Stadtverwaltung dies als Zusicherung für den Verbleib Stettins bei Deutschland auffaßte (sofern sie daran überhaupt Zweifel hegte) oder nur als Bestätigung des Status quo, kann nicht beantwortet werden. Doch dehnte sie ihre Tätigkeit auch auf Teile der Innenstadt aus, in denen sich mittlerweile ebenfalls Deutsche angesiedelt hatten, und eröffnete

⁶² Der Begriff ‚Polenfrage‘ findet sich durchgängig in den Unterlagen der deutschen Verwaltung. Er meint das Verhältnis der polnischen zur deutschen Bevölkerung und deren (vermeintliche) alltägliche Übergriffe auf Leib und Eigentum deutscher Bewohner.

⁶³ Dieses Dokument ist ein deutliches Zeugnis für die Zustände in der Stadt unmittelbar nach Kriegsende: „Wir Kommunisten, die in der Bürgermeisterei der Stadt Stettin arbeiten und zum grossen Teil alte Mitglieder der Partei sind und viele Jahre Zuchthaus und Konzentrationslager unter dem faschistischen Terror zu ertragen hatten, lenken ihre Aufmerksamkeit auf die einfach unhaltbaren Zustände, unter denen die Bevölkerung leidet. Die Kette der Vergewaltigungen an Frauen und Mädchen reißt nicht ab, selbst nicht im deutschen Wohnbezirk [...]. Die Ernährung der Stettiner Bevölkerung ist völlig unzureichend und geht unauffällig einer Katastrophe entgegen. [...] Unsere Säuglinge sterben, weil wir ihnen nicht in ausreichendem Maße Milch geben können [...]. Sie [Rückkehrer aus den übrigen Teilen der SBZ, d.Vf.] legten ungehindert und unbelästigt mit den Resten ihrer Habe bis zu 200 km zurück, um dann nach ihrem Eintreffen in der Stettiner Heimat sofort ausgeplündert oder vergewaltigt zu werden“, in: Stettin – Szczecin (wie Anm. 24), S. 113-117.

⁶⁴ „Petition der deutschen Stadtverwaltung Stettins zur Situation in Stettin an die Regierung der UdSSR“ vom 6. Juni 1945 und „Nachtrag zu der Petition ...“ vom 12. Juni 1945, ebenda, S. 129-135.

⁶⁵ „Protokoll der Stadtratssitzung“ vom 17. Juni 1945, ebenda, S. 147-151.

sogar Bezirksämter.⁶⁶ Des weiteren gab sie Ausweise aus, führte statistische Erhebungen durch, organisierte kulturelle Veranstaltungen und begann den Wiederaufbau der Stadt. Diese von der sowjetischen Kommandantur geduldeten Anstrengungen bis zu dieser Zeit lassen vermuten, daß sich beide Seiten – Deutsche und lokale sowjetische Besatzungsbehörde – mindestens auf eine Fortführung des Status quo einrichteten.

Eine Bestätigung dieses Eindrucks erhielt Wiesner gegen Ende Juni 1945. Am 25. Juni wurde er überraschend von einem persönlichen Vertreter Marschall Žukovs aufgesucht, der aufgrund der Petition der Stettiner Stadtverwaltung Erhebungen anstellte, insbesondere über die Ernährungslage. Am folgenden Tag erschien ebenfalls im Auftrag Žukovs ein sowjetischer General und erklärte Wiesner, er habe den Auftrag, sofort die Lebensmittelversorgung der Stadt zu organisieren. Die deutsche Stadtverwaltung begann daraufhin, die Verteilung der Lebensmittel vorzubereiten. Sie wollte außerdem das zivile Leben normalisieren; die Eröffnung von Schulen, Geschäften und Restaurants, die Wiederinbetriebnahme des Straßenbahnverkehrs, der Strom- und Wasserversorgung und sogar die Wiederaufnahme des Geldverkehrs sollen ihr zugesagt worden sein. Über den Umfang dieser Versprechungen liegen nur vage Schilderungen vor, hauptsächlich im „Abschlußbericht“, den Wiesner am 14. Juli 1945 für die KPD fertigte⁶⁷, doch sind einige aussagekräftige Dokumente erhalten geblieben. So begann die Stadtverwaltung mit dem Druck von Bezugsscheinen für Lebensmittelrationen, sie ließ entsprechende Plakate zur Information der Bevölkerung herstellen und in der Stadt anbringen. In der „amtlichen Bekanntmachung der Stadt Stettin an die Bevölkerung“ vom 27. Juni 1945 heißt es: „Um die Organisation der Lebensmittelversorgung der Stettiner Bevölkerung durchführen zu können, beginnt das sowjetische Kommando der Roten Armee in Verbindung mit der Stadtverwaltung die normale Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ab 1. Juli 1945. [...] Die Ausgabe von Lebensmittelkarten für Juli 1945 erfolgt über die Bezirkskartenstellen ab 29. Juni 1945“.⁶⁸ Doch ebenso unvermittelt, wie die sowjetischen Stellen diese Ankündigung gemacht hatten, zogen sie ihre Zusage wieder zurück. Am 28. Juni eröffnete der Stadtkommandant dem Bürgermeister, „dass ein neuer Befehl aus Berlin angekommen sei, dass alle Massnahmen der letzten Tage, vor allem in der Ernährungsfrage annulliert worden seien“. Bereits am folgenden Tag, dem 29. Juni, teilte man ihm mit, es sei beschlossen worden, Stettin solle polnisch werden und er müsse sich darauf vor-

⁶⁶ Wiesner berichtet, er habe vom Kommandanten gesagt bekommen, die Oder sei die Grenze für die Ansiedlung, darüber hinausgehende Entscheidungen seien noch nicht getroffen worden. MLHA, Bezirksleitung Schwerin der SED, Bezirksparteiarchiv, Nachlaß- und Personenfonds. Bestand Erich Wiesner, V 6/1/6.

⁶⁷ „Abschlußbericht über die Stettiner Organisation der KPD“ vom 14. Juli 1945. MLHA, Bezirksleitung Schwerin der SED, Bezirksparteiarchiv, Landesleitung der KPD Meckl. Unterlagen der KPD Stettin 1945, pg. 28-31.

⁶⁸ MLHA, Bezirksleitung Schwerin der SED, Bezirksparteiarchiv, Nachlaß- und Personenfonds. Bestand Erich Wiesner, V6/1/7.

bereiten, unverzüglich die Stadt nach der SBZ zu verlassen. Sowjetische Soldaten begannen, die bereits öffentlich ausgehängten Plakate einzusammeln.

So plötzlich, wie dieser Befehl Wiesner bekanntgegeben wurde, so überraschend traf er sowohl ihn und die deutsche Stadtverwaltung wie anscheinend auch die Offiziere der sowjetischen Kommandantur. Wiesner berichtet, noch am 28. Juni sei diesen der Grund für die Widerrufung der angekündigten Lebensmittelversorgung nicht bekannt gewesen, erst am 29. Juni hätten sie Order erhalten, daß „nach den Vereinbarungen der Siegermächte die Stadt Stettin dem polnischen Staat übergeben würde“.⁶⁹ Wiesner versuchte, diese Entscheidung noch zu beeinflussen, um zumindest die Interessen der deutschen Bevölkerung so weit wie irgend möglich zu vertreten, und informierte daher die entsprechenden Parteigliederungen über den Beschluß, „dass die Stadt vollständig in polnische Hände übergehen sollte“. Die deutsche Bevölkerung aber durfte auf Anordnung der sowjetischen Kommandantur hierüber nicht unterrichtet werden. Die KPD-Funktionäre waren offensichtlich völlig überrascht von der Entscheidung zugunsten Polens, und so wurde Wiesner zur KPD-Landesleitung nach Waren (d.h. zum Sitz der KPD-Leitung für das besetzte Mecklenburg-Vorpommern, da Schwerin noch britisch besetzt war) gesandt, um sich über den Beschluß zu informieren (und eventuell eine Änderung zu erreichen). In Waren traf er mit dem Leiter der Initiativgruppe für Mecklenburg, Gustav Sobottka, zusammen. Diesem und auch den hinzugezogenen sowjetischen Offizieren aus Waren waren die neuen Befehle noch nicht bekannt. Daher fuhr Wiesner weiter zum Zentralkomitee der KPD in Berlin. Er behauptet, dort mit Walter Ulbricht persönlich über die Angelegenheit gesprochen zu haben. Über den Inhalt dieser Beratungen ist nichts bekannt außer der lapidaren Mitteilung Wiesners: „[...] die Besprechungen, die ich [...] durchführte, konnten an der Sachlage selbst nichts ändern“. Ulbricht „erteilte mir dann den Auftrag, sofort nach Stettin zurückzufahren und strikt die Anweisungen der sowjetischen Militärverwaltung durchzuführen“.⁷⁰ Wiesner berichtet explizit, daß den sowjetischen Offizieren und der Gruppe um Gustav Sobottka in Waren die Entscheidung völlig unbekannt gewesen sei und die Stettiner Kommandantur erst am 29. Juni ihre Anweisungen erhalten habe.⁷¹ Er und seine Stettiner KPD-Parteorganisation scheinen bis zum 4. Juli 1945 wie selbstverständlich davon ausgegangen zu sein, daß Stettin in deutscher Hand verbleiben würde. Wiesners Engagement, mit dem er eine eigene, von den übrigen deutschen Zentralbehörden völlig unabhängige Ver-

⁶⁹ MLHA, Bezirksleitung der SED Schwerin. Bezirksparteiarchiv. Nachlaß- und Personalfonds. Bestand Erich Wiesner. V6/1/6, pg. 110.

⁷⁰ „Abschlußbericht über die Stettiner Organisation der KPD“ vom 14. Juli 1945. MLHA, Bezirksleitung Schwerin der SED. Bezirksparteiarchiv. Landesleitung der KPD Meckl. Unterlagen der KPD Stettin 1945, pg. 29.

⁷¹ BArch. Erich Wiesner, Erinnerungen, pg. 135 f. In den edierten Aufzeichnungen Ulbrichts findet sich kein Hinweis auf diese Unterredung, vgl. BENSER/KRUSCH (wie Anm. 28).

waltung aufbaute, und die Segregation von den zugewanderten Polen und ihren Selbstverwaltungsorganen können als Ausdruck seiner Überzeugung gewertet werden, Stettin werde deutsch bleiben.⁷² In der bundesdeutschen Publizistik der 1960er Jahre findet sich regelmäßig die Behauptung, die Entscheidung der Sowjets sei auch für Ulbricht unerwartet gekommen, er sei vielmehr davon ausgegangen, daß Stettin deutsch bleiben werde.⁷³ Diese Annahme kann durch das vorhandene Quellenmaterial nicht belegt werden.

Wiesner fügte sich, vollzog kurz darauf am 5. Juli 1945 seine letzte Amtshandlung als Oberbürgermeister und übergab Stettin namens der deutschen Stadtverwaltung an die neuen polnischen Machthaber. Am folgenden Tag übernahmen polnische Bedienstete die verschiedenen Dienststellen seiner Behörde, die deutschen Mitarbeiter mußten ihre Arbeitsplätze verlassen. Dennoch hat es für eine Übergangszeit – ungefähr bis August 1946 – für die etwa 80 000 zurückgebliebenen Deutschen noch eine polnisch kontrollierte deutsche Verwaltung gegeben.⁷⁴

Aber nicht nur Wiesner und seine Stettiner Organisation waren nicht vorab über die Übergabepäne informiert worden. Die Unwissenheit auf deutscher Seite war allgemein. Selbst die deutschen Behörden der SBZ (d.h. die Kommunal- und Mittelbehörden in Mecklenburg und Vorpommern) waren sogar noch bis Mitte 1946 nicht oder nicht hinreichend über die Grenzregelung im Stettiner Zipfel unterrichtet. Hierauf wird noch einzugehen sein.

Die polnische Verwaltung Stettins

Parallel zur deutschen etablierte sich in Stettin bereits unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen eine polnische Verwaltung – wenn auch mit

⁷² Gerade diese innere Haltung Wiesners zu den Ereignissen ist bisher übersehen worden – sofern die Literatur überhaupt die Person Wiesner zur Kenntnis genommen hat. Keinesfalls waren Wiesner und die übrigen Angehörigen der deutschen Stadtverwaltung einverstanden mit der Übergabe der Stadt an Polen. In dem KPD-internen „Abschlußbericht über die Stettiner Organisation der KPD“ vom 14. Juli 1945 schreibt Wiesner, daß nach dem Bekanntwerden des „unverständlichen“ sowjetischen Übergabebefehls „tiefste Niedergeschlagenheit und Mutlosigkeit“ angesichts der „Polenherrschaft“ empfunden wurde. Auch hätten „die Polen [...] versteckte Drohungen gegen die Sowjetunion“ geäußert – dieser Vorwurf, die polnischen Funktionäre kritisierten die UdSSR, war im Juli 1945 eine schwerwiegende Behauptung und wohl das größtmögliche Maß an Kritik, das Wiesner gegen Polen äußern konnte. MLHA, Bezirksleitung Schwerin der SED, Bezirksparteiarchiv. Landesleitung der KPD Meckl. Unterlagen der KPD Stettin 1945, pg. 28-31.

⁷³ „Der unerwartete Befehl aus Moskau war auch für Walter Ulbricht [...] völlig überraschend. Er hatte fest damit gerechnet, daß Stettin zur sowjetischen Besatzungszone gehören würde“. HOFFMANN (wie Anm. 27), S. 21 f.

⁷⁴ Diese hat ebenfalls die bereits genannten Arbeitsberichte (in deutscher Sprache) hinterlassen, die nun lediglich eine polnische Dienststellenbezeichnung tragen („Urząd miejski w Szczecinie – Urząd Żywnościowy“ [Städtische Verwaltung in Stettin – Behörde für Lebensmittel]). MLHA, Bezirksleitung Schwerin der SED, Bezirksparteiarchiv. Landesleitung der KPD Meckl. Unterlagen der KPD Stettin 1945.

zeitweiliger Unterbrechung. Die Aufgaben und Ziele dieser Behörde waren jedoch andere, da in der Stadt kaum Polen lebten, um die sich eine polnische Verwaltung hätte bemühen können.⁷⁵ So richtete sich das Hauptaugenmerk dieser Organisation auf die Ansiedlung von Polen in Stettin. Im Zusammenhang mit der Frage nach den sowjetischen Absichten für die weitere Zukunft der Stadt ist besonders zu beachten, daß diese polnische Verwaltung – anders als ihr deutscher Widerpart – nur bedingt mit Billigung und Unterstützung der sowjetischen Kommandantur agierte, obwohl sie ihre Tätigkeit noch vor der deutschen Verwaltung und selbstverständlich mit Wissen der Roten Armee aufnahm.

Schon zwei Tage nach der sowjetischen Einnahme Stettins, am 28. April 1945 und somit noch vor der Ankunft der NKFD-Gruppe mit Erich Spiegel, trafen zwei Polen, Piotr Zaremba und Hauptmann Wiktor Joskiewicz, als Vertreter einer neu einzurichtenden polnischen Stadtverwaltung in Stettin ein. Sie handelten auf Weisung des polnischen Wojewoden von Pommern, Leonard Borkowicz, der den zum Stab der 1. Weißrussischen Front gehörigen Joskiewicz angewiesen hatte, „unverzüglich das eroberte Stettin in Besitz zu nehmen, einen Bürgermeister zu ernennen, eine Stadtverwaltung zu bilden“.⁷⁶ Zur Frage, ob Borkowicz diese Anordnung aus eigenem Entschluß oder in Absprache mit vorgesetzten polnischen und sowjetischen Stellen erteilte, schreibt er in seinen Erinnerungen lediglich, daß er seit dem 22. April, d.h. vor der Einnahme Stettins, verschiedene Beratungen – auch mit dem sowjetischen Kriegskommandanten – geführt habe.⁷⁷ Ähnlich unkonkrete Angaben zu Verantwortlichkeiten finden sich bei Zaremba. Daß beide die Bedeutung der Ereignisse nicht erkannten, erscheint völlig ausgeschlossen. Vielleicht wollten oder konnten sie nicht mehr mitteilen?

Schon am folgenden Tag wurde mit Wissen und Billigung der sowjetischen Militärbehörden Piotr Zaremba von der „Polnischen Provisorischen Regierung“ in Warschau zum Bürgermeister von Stettin ernannt⁷⁸, und er begann unverzüglich, Gebäude für die geplante Verwaltung zu beschlagnahmen sowie polnische Neusiedler zu werben. Bereits am 4./5. Mai 1945 erreichte

⁷⁵ Die Anzahl der in Stettin lebenden Polen am Tage des Einmarsches der Roten Armee ist nicht bekannt, doch die Angaben für den Zeitraum Mai bis Juli 1945 lassen vermuten, daß sich allenfalls einige Hundert Polen dort aufhielten. Am 16. Mai 1945, dem Tag des ersten Abzuges der polnischen Verwaltung aus der Stadt, sollen dort 4300 polnische Einwohner gelebt haben, von denen bis zum 19. Mai ungefähr 4000 wieder die Stadt verließen. Am 5. Juli 1945, dem Tag der endgültigen Übernahme der Stadt durch polnische Behörden, lebten dort 1578 Polen. BIAŁECKI, Szczecin. Rozwój miasta (wie Anm. 13), S. 64-67.

⁷⁶ Stettin – Szczecin (wie Anm. 24), S. 93.

⁷⁷ CHMIELEWSKI/KOZŁOWSKI (wie Anm. 27), S. 17-21.

⁷⁸ „Bekanntmachung des Stadtpräsidenten [Bürgermeisters] Stettins“ vom 6. Mai 1945, in: Szczecin w dokumentach 1945 (wie Anm. 26), S. 25. Dieses Ernennungsschreiben ist nicht authentisch, sondern erst im nachhinein (es ist datiert mit dem 6. Mai) verfaßt und übergeben worden. ZAREMBA, Pierwszy szczeciński rok (wie Anm. 27), S. 108 f.

eine erste Gruppe von ca. 400 aus Posen stammenden Polen sowie befreiten Zwangsarbeitern die Stadt. Diese ersten Neusiedler waren seine Legitimation für die weitere Tätigkeit einer polnischen Verwaltung, da angesichts der wenigen in Stettin lebenden Polen (sowie der formell noch nicht entschiedenen Grenzfrage) sonst keine Aufgabe für seine Behörde bestanden hätte – im Gegensatz zur deutschen Verwaltung, die sich um die zahlreichen deutschen Einwohner zu sorgen hatte.⁷⁹ Der Zuzug nahm in den nächsten Tagen ständig zu, so daß Mitte des Monats ungefähr 4000 Polen in Stettin waren, bis am 16. Mai überraschend der Befehl an die polnische Regierung in Warschau erging, alle Polen mußten die Stadt wieder nach Osten verlassen. Von wem dieser Befehl ausging und wer ihn übermittelt hat, teilt Zaremba nicht mit. Er gibt in seinen Erinnerungen lediglich an, „die Entscheidung der Regierung, den Umzug und die zeitweilige Evakuierung Stettins durch den Wojewoden zu befehlen, ist Ausdruck einer realistischen Bewertung der wahren Situation gewesen“.⁸⁰ Was und wen Zaremba mit dieser ‚realistischen Bewertung‘ meint, ist unklar. Aus dem Kontext seiner Erinnerungen erscheint es, als sei die polnische Regierung gemeint, doch ob diese der wahre Urheber der Entscheidung war oder Zaremba durch seine Schilderung nur diesen Eindruck erwecken möchte, kann nicht geklärt werden. Auch der Anlaß für diesen Befehl ist unklar. Weder hatte bereits die Potsdamer Konferenz begonnen noch lag eine Entscheidung über Stettin vor, die Zaremba bekannt gewesen sein konnte.⁸¹ In Anbetracht des starken Interesses der polnischen Seite und der Machtlosigkeit der Westalliierten sowie der uneingeschränkten Gewalt der UdSSR in Stettin erscheint es allerdings naheliegend, daß diese Anordnung von sowjetischen Stellen gegeben worden sein muß.

Die von Zaremba begründete polnische Stadtverwaltung zog daraufhin am 17. Mai nach Stargard, wo sie sich am 20. Mai selbst auflöste und er gleichzeitig eine ‚Operationsgruppe Stettin‘ bildete, die am 24. Mai ihren Sitz in Köslin nahm. Diese Gruppe sollte einen Stamm von Verwaltungskräften bilden und sich bereithalten für eine (neuerliche) polnische Übernahme Stettins. Noch zu diesem Zeitpunkt hatte Zaremba Weisung, weiterhin nur Teile Stettins für Polen zu besetzen und eine autonome Verwaltungseinheit zu bilden.

⁷⁹ Die Relation der in der Stadt lebenden Menschen wird übereinstimmend sowohl in der polnischen als auch in der deutschen Literatur angegeben. Anfang Juni 1945: 50 000 Deutsche zu 4000 Polen, Ende Juni 1945 80 000 zu 1200, SYLWESTER KACZKOWSKI: *Stosunki ludnościowe Szczecina w latach 1945-1955* [Die demographischen Verhältnisse Stettins in den Jahren 1945-1955], Warszawa 1968, S. 31 f. Eissner nennt für Ende Juni 1945 84 000 zu 2500, EISSNER (wie Anm. 8), S. 440.

⁸⁰ ZAREMBA, *Pierwszy szczeciński rok* (wie Anm. 27), S. 126. Für diesen kam dieser Befehl unerwartet. Er erklärte, er werde in oder bei Stettin bleiben, solange er das Amt des Bürgermeisters innehatte. Protokoll der Sitzung der Stadtverwaltung vom 16. Mai 1945, in: *Szczecin w dokumentach 1945* (wie Anm. 26), S. 25.

⁸¹ Das Abkommen zwischen dem PKWN und der UdSSR vom 27. Juli 1944 war geheim und dürfte Zaremba aufgrund seiner Position in der politischen Hierarchie nicht bekannt gewesen sein, zumal er es in seinen Erinnerungen nicht erwähnt.

Diese sollte im Westen nicht über die Oder reichen.⁸² Am 6. Juni erging dann ein sowjetischer Befehl, nach dem sich wieder Polen in Stettin niederlassen dürften, jedoch keine polnische Behörde dort tätig werden solle. Daraufhin zog Zarembas Operationsgruppe zusammen mit einigen wenigen polnischen Soldaten am 9. Juni nach Stettin und begann, für die in der Stadt lebenden Polen Verwaltungsfunktionen auszuüben. Am 15. Juni beauftragte Borkowicz Zaremba, ein Schreiben an den sowjetischen General Telegin (1. Weißrussische Front) in Berlin abzugeben. In diesem Schreiben schilderte Borkowicz die Situation und die polnischen Absichten in Stettin und behauptete, Stalin wünsche, „die Stadt maximal mit Polen zu bevölkern“.⁸³ Der Inhalt dieses Schreibens wird übereinstimmend von Zaremba⁸⁴ und von Borkowicz mitgeteilt. Sofern die Angaben Borkowicz zutreffen⁸⁵, daß Stalin Rokossovskij „informierte, die polnische Verwaltung werde zurückkehren“, und diese gleichzeitig anwies, möglichst viele Polen in der Stadt anzusiedeln, kann dies als eindeutiges Indiz für Stalins weitere Absichten gewertet werden. Während der Potsdamer Konferenz begründete Stalin die polnischen territorialen Ansprüche, die Rote Armee habe bei der Einnahme Stettins dort nur etwa 8000 verbliebene Deutsche vorgefunden, und die deutschen Ostgebiete seien jetzt polnisch besiedelt.⁸⁶ Inwieweit diese Tatsachen bewußt bereits einen Monat vorher in Hinblick auf die Konferenz geschaffen worden sind, ist für die Stadt Stettin schwerlich nachzuweisen. Doch obgleich der Inhalt des von Zaremba

⁸² „Die Kriegsbehörde war informiert, daß die polnische Stadtverwaltung von Stettin eine unabhängige Einheit ist [...] und wir die Kompetenzen dieses Mal noch nicht auf das linke Ufer der Oder ausdehnen.“ ZAREMBA, *Pierwszy szczeciński rok* (wie Anm. 27), S. 147.

⁸³ „[...] In den ersten Tagen des Monates Mai bin ich von Präsident Bierut und General Bulganin nach Warschau gerufen worden, die mich darüber informierten, daß die polnische Verwaltung [...] vorübergehend die Stadt Stettin verlassen soll. Die [...] Behörden zogen daraufhin von Stettin nach Köslin. In den ersten Junitagen fiel die Entscheidung über eine Rückkehr der Stadtverwaltung nach Stettin. Über diese Entscheidung informierte Marschall Stalin den Hauptkommandierenden der Truppen der II. Weißrussischen Front, Marschall Rokossowski. In einem am 3. Juni von mir mit Marschall Rokossowski geführten Gespräch wurde [...] die Arbeit der polnischen Stadtverwaltung in Stettin genau festgelegt. Nach den Weisungen von Marschall Stalin wird es die Hauptaufgabe der Stadtverwaltung sein, die Stadt maximal mit Polen zu bevölkern. Am 9. Juni zog die Stadtverwaltung mit dem Präsidenten [...] Zaremba an der Spitze in Stettin ein und erhielt dabei Hilfe des Kriegskommandanten Fedotow. Die [Anwesenheit einer deutschen Verwaltung und ca. 40 000 Deutscher, d.Vf.] schafft eine unklare Situation, was die Erfüllung der von Marschall Stalin gestellten Aufgabe sehr gefährdet.“ Schreiben Borkowicz an General Telegin, in: CHMIELEWSKI/KOZŁOWSKI (wie Anm. 27), S. 30 f.

⁸⁴ ZAREMBA, *Wspomnienia* (wie Anm. 27), S. 180 f.

⁸⁵ Der polnische Originaltext ist auffällig unkonkret gehalten. So werden über den Beschluß weder zu Ort, Datum, beteiligten Personen oder Inhalt dieser Entscheidung Angaben gemacht. CHMIELEWSKI/KOZŁOWSKI (wie Anm. 27), S. 30.

⁸⁶ Stalin während der fünften Vollsitzung in Potsdam am 21. Juli 1945, in: Teheran (wie Anm. 1), S. 264.

und Borkowicz überlieferten Schreibens Fragen aufwirft, entsprechen doch die geschilderten Maßnahmen dem weiteren Verlauf der Ereignisse. Denn nachfolgend bemühte sich die polnische Verwaltung, die Anzahl der in der Stadt lebenden Polen zu erhöhen, und gleichzeitig führte sie Beschwerde über die Tätigkeit und den Aufenthalt der deutschen Verwaltung. Zaremba berichtet, er habe das Schreiben am 15. Juni in Berlin übergeben und dann die Schwierigkeiten und das Vorhandensein einer deutschen Verwaltung gemeldet.⁸⁷

Doch trotz dieser angeblich von Stalin befohlenen neuerlichen Unternehmung erhielt Zaremba überraschend am 17. Juni von der Warschauer Regierung wiederum den Befehl, die Stadt zu verlassen. Daraufhin zog er am 19. Juni nochmals mit seiner Stettiner Gruppe nach Köslin, wo er die weitere Entwicklung abwartete. Von der zugezogenen polnischen Bevölkerung verblieben lediglich einige wenige Hundert in der Stadt, für deren Unterstützung ein Hilfskomitee (Komitet Pomocy Polakom w Szczecinie) zurückgelassen wurde.

Warum und von wem Zaremba ein zweites Mal aus der Stadt zurückgerufen wurde, ist unbekannt. Wie schon zu den vorherigen Ereignissen äußert er sich diesbezüglich nur sehr vage. So habe es parallel zu den Gesprächen in Berlin dreimalige diplomatische Interventionen der „Herrschaften aus dem Westen“ gegeben, welche dann zur Abberufung der polnischen Verwaltung geführt hätten.⁸⁸ Diese Diktion läßt Zweifel aufkommen, ob er tatsächlich über den Ursprung der Entscheidung und die politischen Diskussionen über Stettin eingeweiht war oder nur die ihm gegebenen Begründungen referiert und diese als eigenes Wissen darstellt.

Am 3. Juli 1945 kam es dann zum dritten und letztendlich erfolgreichen Anlauf, Stettin unter polnische Verwaltung zu stellen. Zaremba berichtet, er sei am 3. Juli 1945 nach Berlin gefahren, wo er General Telegin und Marschall Žukov⁸⁹ getroffen habe. Žukov habe ihm dann mitgeteilt: „Die Entscheidung der sowjetischen Regierung, abgestimmt mit den Verbündeten: Stettin ist polnisch. Die polnische Stadtverwaltung übernimmt definitiv die Stadt aus den Händen der deutschen Stadtverwaltung.“⁹⁰ Weiter soll der Ab-

⁸⁷ „Bericht über die Stadt Stettin“ von Borkowicz vom 16. Juni 1945, in: *Szczecin w dokumentach 1945* (wie Anm. 26), S. 30 f.

⁸⁸ ZAREMBA, *Pierwszy szczeciński rok* (wie Anm. 27), S. 167 ff.

⁸⁹ Die Memoiren Žukovs liegen in deutscher Sprache nur in einer gekürzten Version vor: GEORGI K. SHUKOV: *Erinnerungen und Gedanken*, Berlin (Ost) 1976. Hier finden sich keine Hinweise auf die politischen Ereignisse nach Kriegsende, in die Žukov nach diesen Berichten maßgeblich involviert war. Eine neue ungekürzte Ausgabe liegt in russischer Sprache vor, wurde jedoch für diese Arbeit nicht verwandt, DERS.: *Vospominanija i razmyšlenija*, 3 Bde., 11., nach dem Manuskript des Autors vervollständigte Aufl., Moskva 1992.

⁹⁰ ZAREMBA, *Pierwszy szczeciński rok* (wie Anm. 27), S. 181 f. Auch diese zentrale Szene teilt Zaremba nur beiläufig mit, es schließt sich eine Schilderung an, wie er zu Abend ißt. Entweder war ihm die Bedeutung dieser Mitteilung nicht bewußt (dies erscheint völlig ausgeschlossen), oder er wußte – aus einem nicht bekannten Grund – nicht mehr

zug der sowjetischen Kommandantur und die Auflösung der deutschen Verwaltung besprochen worden sein, und schließlich sei der Verlauf der künftigen Grenze auf einer Karte festgehalten worden. Auch diese Schilderung steht für sich und müßte mit anderen (etwa sowjetischen) Quellen verglichen werden. Aber unabhängig von dieser Darstellung sind die folgenden Ereignisse in Stettin zuverlässig nachzuvollziehen – auch wenn zentrale Fragen nach Verantwortung und Kenntnis der Beteiligten weiterhin ungeklärt bleiben.

Wie oben dargestellt, hatte der sowjetische Kommandant dem deutschen Bürgermeister Wiesner am 28. Juni 1945 mitgeteilt, daß alle vorher versprochenen Maßnahmen widerrufen worden seien, und ihn am 29. Juni dann offiziell angewiesen, Stettin dem polnischen Staat zu übergeben. Diese offizielle Übergabe hat dann am 5. Juli 1945 in der Kommandantur in Gegenwart polnischer, deutscher und sowjetischer Vertreter stattgefunden.⁹¹

Grenzziehung und Vertreibung

Durch den sowjetischen Befehl war die Stadt Stettin zwar der polnischen Verwaltung übergeben und unzweifelhaft festgestellt worden, daß Stettin polnisch werden sollte, doch der genaue Grenzverlauf war eine offene Frage geblieben. Erst nach der Potsdamer Konferenz, während der am 2. August das Abschlußprotokoll mit den – bezüglich Stettin zumindest unklaren – Grenzregelungen verabschiedet wurde, legten polnische und sowjetische Behörden den konkreten Grenzverlauf fest. Dies geschah ab dem 5. September

zu berichten. Der Hinweis auf eine vermeintliche Abstimmung mit den Verbündeten ist ebenfalls unklar. Ob und welche Verbündete von der sowjetischen Entscheidung unterrichtet waren, kann auf Grundlage des verwandten Quellenmaterials nicht beantwortet werden. Gesichert ist allerdings, daß die Westalliierten zusammen mit der UdSSR bis zum Beginn der Potsdamer Konferenz am 17. Juli 1945 noch keinen Beschluß über den Verlauf der Grenze bei Stettin getroffen hatten.

⁹¹ „Am 5. Juli fand im Saal der Stadtkommandantur [...] die Übergabe der Stadtverwaltung an die polnischen Behörden statt. Vorn im Präsidium hatte der Stadtkommandant mit einer Reihe Offiziere Platz genommen. An der einen Tischreihe hatte ich mit 40 deutschen Genossen, die bisher die Verwaltung geleitet hatten, Platz genommen, auf der anderen Seite saß die gleiche Zahl Vertreter des polnischen Staates, welche die einzelnen Ämter der Stadtverwaltungen zu übernehmen hatten. Der Stadtkommandant verlas einen Befehl des Marschall Shukov, daß nun Stettin zum polnischen Staat gehöre und übergab die Stadt dem polnischen Stadtpräsidenten.“ Schilderung von Wiesner, MLHA, Bezirksleitung Schwerin der SED. Bezirksparteiarchiv. Nachlaß- und Personenfonds. Bestand Erich Wiesner, V 6/1/1. pg. 111 f. Der neue (polnische) Bürgermeister von Gesamt-Stettin, Piotr Zaremba, beschreibt dasselbe Ereignis: „Im ehemaligen Bibliothekssaal im zweiten Stock des Hauptflügels des Gebäudes war ein langer Tisch vorbereitet. An seiner einen Seite erwartete uns die Leitung der deutschen Stadtverwaltung mit dem Bürgermeister an der Spitze. [...] General Fiedotow teilte den Anwesenden stehend die Entscheidung, die Stettin den Polen zuerkennt, sowie den Befehl der Auflösung der deutschen Stadtverwaltung mit. Er stellte fest, daß in diesem Augenblick die Verwaltungshoheit in der Stadt vollständig in polnische Hände übergeht.“ Stettin – Szczecin (wie Anm. 24), S. 197-201.

1945, als eine polnische Regierungskommission diejenigen westlich der Oder gelegenen Gebiete besichtigte, welche nach Ansicht der polnischen Regierung künftig zu Polen gehören sollten. Daraufhin wurde von der polnischen Delegation ein Vorschlag erstellt, der den genauen Grenzverlauf beschrieb und die Grundlage für weitere gemeinsame sowjetisch-polnische Verhandlungen sein sollte. Am 17. September fuhr das Stettiner Stadtoberhaupt Zaremba zusammen mit dem Wojewoden Borkowicz in das sowjetische Hauptquartier nach Berlin-Karlshorst, um über die Grenzfestlegung zu beraten.⁹² Nachdem eine Einigung über den Grenzverlauf erreicht worden war, fuhren die Repräsentanten der UdSSR und Polens am 21. September nach Schwerin in das Hauptquartier der sowjetischen Besatzungsmacht für Mecklenburg-Vorpommern und trafen dort den Leiter der sowjetischen Militärverwaltung für Mecklenburg-Vorpommern, General Ivan I. Fedjuninskij, der sich nochmals telefonisch von Marschall Žukov in Berlin den Verlauf der festgelegten Grenze im Bereich der unteren Oder bestätigen ließ und dann mit den polnischen Gesandten ein entsprechendes Abkommen unterzeichnete.⁹³ Am 30. September fertigte das polnische Vermessungsamt eine genaue Beschreibung des Grenzverlaufes⁹⁴, die Markierung dieses Gebietes im Gelände erfolgte vom 4. bis 8. Oktober.⁹⁵

Weder der deutschen Bevölkerung Stettins noch den deutschen Behörden in der SBZ war der Inhalt des Abkommens bekannt. Wiesner berichtet erbost, es sei ihm durch den sowjetischen Kommandanten in Stettin verboten worden, die deutsche Bevölkerung über die Übergabe der Stadt an Polen zu unterrichten.⁹⁶ Die sowjetischen wie auch die deutschen Machthaber in der SBZ (und auch der späteren DDR) unterließen es, die Bevölkerung über die Regelungen zu unterrichten. Die aus der neuen Grenzregelung sowie aus der Un-

⁹² Zaremba berichtet, der stellvertretende polnische Außenminister Modzelewski habe ihnen mitgeteilt, daß er von einer Karte wisse, auf der Žukov den in Potsdam festgelegten Grenzverlauf verzeichnet habe. An diesen Eintragungen müßten sie sich orientieren, könnten aber zwei bis drei Kilometer nach Westen oder Osten abweichen. ZAREMBA, Walka (wie Anm. 27), S. 337 f. Diese von Žukov aus Moskau mitgebrachte Karte mit der russischen Aufschrift „Die Grenze Polens gemäß der Potsdamer Konferenz, 3. August 1945“ und einer Paraphe „Moskau, 14. September 1945“ soll ihm dort überreicht worden sein. MAI (wie Anm. 25), S. 81 f.

⁹³ ZAREMBA, Walka (wie Anm. 27), S. 340. Die diesem Abkommen beigegefügte Karte mit der eingezeichneten Grenze ist in Deutschland bisher nicht veröffentlicht worden, in Polen spätestens 1986, allerdings nur der obere Teil des Kartenblattes, welcher den Abschnitt bis zur Straße Pasewalk – Stettin darstellt. Pomorze Zachodnie w dokumentach 1945 (wie Anm. 26), Kartenblatt hinter S. 23.

⁹⁴ Stettin – Szczecin (wie Anm. 24), S. 265 ff.

⁹⁵ WILLI NEUHOFF: Der ‚Stettiner Zipfel‘, in: Stettiner Bürgerbrief (1996), S. 65-72.

⁹⁶ Lediglich die entsprechenden Parteigliederungen konnte er über den Beschluß, „dass die Stadt vollständig in polnische Hände übergehen sollte“, informieren. „Abschlußbericht über die Stettiner Organisation der KPD“ vom 14. Juli 1945. MLHA, Bezirksleitung Schwerin der SED. Bezirksparteiarchiv. Landesleitung der KPD Meckl. Unterlagen der KPD Stettin 1945, pg. 29.

kenntnis der Behörden resultierenden Folgen waren jedoch erheblich und nicht zu übersehen. Denn auch nach der eindeutigen Entscheidung der Sowjetunion und der im unmittelbaren Anschluß daran forcierten Machtübernahme der polnischen Behörden dauerte der anarchische Zustand in der Stadt fort und ebenso die Diskussion um den Grenzverlauf. Die Situation war bestimmt von dem völligen Zusammenbruch der Versorgung mit Lebensmitteln, da die (ohnehin geringen) Zuteilungen der deutschen Stadtverwaltung an die ca. 84 000 deutschen Bewohner Stettins⁹⁷ nun ausblieben. Dazu kamen (einzelne) Übergriffe von Polen gegen Deutsche, die fortdauernden Ausschreitungen sowjetischer Soldaten und die beginnende Vertreibung. Dieser Zustand völliger Rechtlosigkeit wurde noch verstärkt durch den Abzug der sowjetischen Garnison aus dem Stadtgebiet, die trotz zahlloser sowjetischer Übergriffe von der deutschen Bevölkerung noch als Schutz vor polnischen Gewalttaten angesehen wurde. Statt dessen zogen polnische Truppen in die Stadt ein, die künftig die Sicherheit der Bewohner gewährleisten sollten. Daß diese weder durch ihre Anzahl noch ihre Ausrüstung dieser Aufgabe gerecht werden konnten, wird durch offizielle polnische Dokumente sowie ausländische Berichte bestätigt.⁹⁸

Am 9. November wurde von der polnischen Stadtverwaltung erstmals ein Bahntransport nach Greifswald eigens für die deutschen Stettiner angeboten, die Mitfahrt war freiwillig und sollte von polnischem Militär bewacht werden.⁹⁹ Noch war es den deutschen Stettinern gestattet, in der Stadt zu bleiben – sofern sie sich hierzu entschieden. Danach begannen die polnischen Behörden, die aus den Ostgebieten vertriebenen Deutschen über Stettin abzuschieben. Die Transporte wurden von hier entweder mit der Bahn oder mit dem Schiff nach Westen, in der Regel in die britische Zone weitergeleitet.¹⁰⁰ Um auf die Aufnahme solcher Menschenmassen vorbereitet zu sein, schlossen die britischen und die polnischen Behörden am 14. Februar 1946 ein Abkommen

⁹⁷ Für den 4. Juli 1945 nennt Bialecki 83 765 deutsche Einwohner, für Ende Dezember des Jahres noch 57 215. BIAŁECKI, Szczecin. Rozwój miasta (wie Anm. 13), S. 68.

⁹⁸ „Information der allgemeinen Abteilung der Stettiner Stadtverwaltung“ vom Jahresbeginn 1946, in: Szczecin w dokumentach 1945 (wie Anm. 26), S. 55 f. Der britische Vizekonsul in Stettin, Joseph Walters, verfaßte hierüber einen Bericht. Dieses Dokument vom 5. April 1946 beschreibt ein Maß an Anarchie und Gewalt in der Stadt, das die bisher bekannten Darstellungen noch übersteigt: JACEK TEBINKA und RYSZARD TECHMAN: Raporty brytyjskiego wicekonsula w Szczecinie Josepha Waltersa z 1946 roku. Część I [Die Berichte des britischen Vizekonsuls in Stettin, Joseph Walters, aus dem Jahr 1946. Teil 1], in: Zapiski Historyczne 62 (1997), H. 1, S. 81-106, hier S. 93.

⁹⁹ In einer Bekanntmachung der polnischen Stadtverwaltung „an die deutsche Bevölkerung der Stadt Szczecin“ wurde den Deutschen, „die in Szczecin wohnen und die Absicht haben, die polnische Republik zu verlassen“, mitgeteilt, sie könnten 50 Kilo Gepäck mitnehmen und ihre Sicherheit sei garantiert. Stettin – Szczecin (wie Anm. 24), S. 295.

¹⁰⁰ Die Bahntransporte gingen nach Lübeck bzw. Bad Segeberg in Holstein, die Schiffs-transporte ebenfalls nach Lübeck.

über gegenseitige Zusammenarbeit¹⁰¹, und in Stettin wurde eine britische Dienststelle eingerichtet, welche die Transporte erfassen und die Aufnahme der Menschen in der britischen Zone vorbereiten sollte.¹⁰²

Die Bestimmtheit, mit der all diese Maßnahmen (Aufbau der polnischen Verwaltung, Vertreibung der deutschen Bevölkerung, Markierung und Abriegelung der Grenze) durch die polnische Verwaltung forciert wurden, läßt darauf schließen, daß diese spätestens seit dem Schweriner Abkommen über ihre territoriale Zuständigkeit und den Verlauf der Grenzen informiert war bzw. die Schweriner Lösung als endgültig (oder als Minimallösung) betrachtete. Tatsächlich ist jedoch unklar, inwieweit den polnischen Behörden der genaue Verlauf der deutsch-polnischen Grenze bekannt war. Anhand des vorliegenden Materials läßt sich dies nicht nachvollziehen. Aus einer Anweisung Zarembas vom 6. Oktober geht jedoch hervor, daß mindestens die polnischen Mittelbehörden in Stettin über die neue Rechtslage informiert waren.¹⁰³ Für die deutschen Behörden in der SBZ traf dies mitnichten zu.

Deutsche Reaktionen

Durch das Schweriner Protokoll vom 21. September 1945 bestand erstmals im Bereich der unteren Oder eine erkennbare Grenze zwischen Deutschland und Polen.¹⁰⁴ In dem Gebiet zwischen Swinemünde im Norden und Greifen-

¹⁰¹ Text des Abkommens in: Polen, Deutschland und die Oder-Neisse-Grenze (wie Anm. 18), S. 405 ff.

¹⁰² Über die Transporte berichtet im Frühjahr 1946 der britische Vizekonsul in Stettin, seine Mission habe aus zwölf britischen Soldaten bestanden, welche seit März 1946 täglich bis zu 1700 Deutsche nach Westen abgeschoben hätten. Raporty (wie Anm. 99), S. 94 f. Der polnische Stettiner Justizstadtrat Łyczewski berichtete unmittelbar nach den Vertreibungsaktionen, diese hätten „unter ungewöhnlichen humanitären Bedingungen“ stattgefunden. Täglich seien mit einem Eisenbahnzug 1500 Personen in die britische Zone verbracht worden, den Menschen sei es gestattet gewesen, beliebig viel Gepäck mitzunehmen. Und er fügt abschließend hinzu, der Ablauf solcher Aktionen sei den Deutschen bestens bekannt gewesen. ROMAN ŁYCZYWEK: Na straży u ujścia Odry [Auf der Wacht an der Odermündung], in: Przegląd zachodny, 1946, S. 188-191. Śniadecki behauptet, nach dem polnisch-britischen Abkommen seien die Sterberaten während der Bahntransporte zurückgegangen. Da diese Transporte im Frühjahr 1946 unter günstigeren klimatischen Bedingungen durchgeführt wurden und dementsprechend die Menschen während der Transporte nicht mehr erfroren, erscheint diese Verbesserung aber nicht zwangsläufig auf die britischen Bemühungen rückführbar. JANUSZ ŚNIADECKI: Die Aussiedlung der Deutschen aus Mittel- und Ostpommern in den Jahren 1945-1946 [...], in: Deutsche Studien, 1995, S. 201-214. Detaillierte Zahlenangaben zur Vertreibung der Deutschen aus und über Stettin nennt BIAŁECKI, Szczecin. Rozwój miasta (wie Anm. 13), S. 67-72.

¹⁰³ „Vorläufige Grenzinstruktion des Präsidenten [Bürgermeisters] der Stadt Stettin...“ vom 6. Oktober 1945, in: Szczecin w dokumentach 1945 (wie Anm. 26), S. 50.

¹⁰⁴ Bis 1950 hat es noch geringfügige Änderungen sowohl des Grenzverlaufes wie auch noch sowjetische Besatzungsvorbehalte innerhalb der Stadt selbst gegeben, die bisher nicht erforscht und auch nicht dokumentiert sind. Die Besatzungsvorbehalte innerhalb des Stettiner Hafengebietes beschreibt WILLI NEUHOFF: Postanbindung Stettins nach

hagen im Süden entstand der ‚Stettiner Zipfel‘, ein westlich des Oderstromes gelegenes Gebiet, das seitdem von Polen verwaltet und beansprucht wird. Bei den deutschen Kommunalbehörden aber bestand bis Mitte des Jahres 1946 völlige Unklarheit über diese Tatsache und den genauen Grenzverlauf. Und auch die rechtlichen Bestimmungen der SBZ gingen weiterhin davon aus, das Territorium der Zone sei im Osten durch den Oderverlauf begrenzt. Und dies galt nicht nur für die Mittel- und Kommunalbehörden der deutschen Verwaltung in der sowjetisch besetzten Zone, sondern – zumindest de jure – auch für die höchsten Stellen der SBZ (Länderverwaltungen).

In einem von dem Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Hans Warnke¹⁰⁵, verfaßten Bericht über die „Struktur des Verwaltungsbezirkes Mecklenburg/Vorpommern“ bestätigt dieser, daß der „Verwaltungsbezirk aus dem Teil Pommern [sic] der westlich der Oder liegt [...]“ besteht¹⁰⁶. In dem Protokoll einer Dezernentenbesprechung der Schweriner Stadtverwaltung gab Warnke bekannt, daß der Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), General Sokolovskij, ihn beauftragt habe, für „das Gebiet der früheren Freistaaten Mecklenburg einschließlich Strelitz [d.h. die Freistaaten Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, d. Vf.] und den westlichen Teil Pommerns eine Landesregierung zu bilden“.¹⁰⁷ Ein Abweichen von der Oderlinie oder eine Ausnahmeregelung für den Stettiner Zipfel wird nicht erwähnt, so als sei nicht bekannt gewesen, daß ein Teil des Landes durch Polen beansprucht wurde. Es ist schwierig, dieses Faktum mit den Ereignissen im Grenzgebiet in Übereinstimmung zu bringen. Zweifellos muß Warnke als Innenminister der regional zuständigen Behörde (auch der Grenzschutz nach Osten fiel in seine Kompetenz) Kenntnis von Unklarheiten im Bereich der Grenze gehabt haben, und diese müssen innerhalb der Verwaltung ihren Niederschlag in Form von Berichten, Schriftverkehr und Verordnungen gefunden haben. Doch vom Innenministerium des jungen Landes ist kein derartiges Dokument bekannt.

Im Gegensatz dazu haben aber die nachgeordneten Behörden im betroffenen Raum des Stettiner Zipfels eine Fülle derartiger Berichte an ihre über-

der Besetzung durch die Rote Armee, in: Stettiner Bürgerbrief (1997), S. 61 ff.; DERS.: Der ‚Stettiner Zipfel‘, ebenda, S. 65-72. Weiter hat es mehrfach Berichte über eigenmächtige polnische Grenzverschiebungen nach Westen gegeben, zuletzt im Jahre 1947, als polnische Truppen einen zehn Kilometer tiefen Gebietsstreifen in der SBZ zwischen Schwedt und Gartz besetzt haben sollen, vgl. LEHMANN (wie Anm. 8).

¹⁰⁵ Hans Warnke war seit der sowjetischen Besetzung Oberbürgermeister von Schwerin, später Innenminister und stellvertretender Landespräsident von Mecklenburg-Vorpommern.

¹⁰⁶ „Struktur des Verwaltungsbezirks Mecklenburg-Vorpommern.“ VPLA, Bezirksleitung Rostock der SED. Sammlungen, Erinnerungen, Nachlässe. Hans Warnke, Bestand Nr. V/6/24/38, pg. 9.

¹⁰⁷ „Niederschrift über die Dezernentenbesprechung am 30. Juni 1945.“ VPLA. Bezirksleitung Rostock der SED. Sammlungen, Erinnerungen, Nachlässe. Hans Warnke, Bestand Nr. V/6/24/38, pg. 76 f.

geordneten Dienststellen, auch an das Ministerium Warnkes, gerichtet und mehrfach dringend um Aufklärung gebeten. Am 25. August 1945, also noch vor der Grenzfestlegung vom 21. September, fragte der Landrat des Kreises Randow¹⁰⁸, Geiss, bei der Landesverwaltung für Mecklenburg-Vorpommern an, wo die Grenze seines Kreises zu Stettin verlaufe¹⁰⁹. Somit muß dem Landrat die Übergabe Stettins an Polen am 5. Juli bekannt gewesen sein. Warnke antwortete mit Datum vom 6. September 1945, daß er von der SMAD erfahren habe, ein sowjetischer Offizier werde sich vor Ort um die Angelegenheit kümmern.¹¹⁰ Weitere Auskünfte erhielt der Landrat des grenznahen Kreises nicht, obwohl er mehrfach eindringliche Berichte nach Schwerin sandte, in denen er darstellte, daß die unklare Grenzfrage zu einem existentiellen Problem für die ihm anvertrauten Gemeinden werde. So wiederholten sich Berichte über Vieh, das auf die polnisch kontrollierte Seite der Grenze getrieben werde, über Plünderer, die von dort aus nach Westen eindringen, hungernde sowjetische Soldaten und polnische Bewohner Stettins, welche die Saat von den Feldern rauben würden. Da keine befestigte Grenze und kein entsprechender Grenzschutz existiere, stehe er diesen Problemen hilflos gegenüber.¹¹¹ Doch die deutsche Verwaltung der SBZ reagierte nicht. Am 20. Juli 1946 richtete der Landrat an die Behörde von Warnke ein Schreiben, in welchem über eine „Grenzänderung gegen die Provinz Mark Brandenburg nordöstlich Schwedt“ berichtet wird. Danach sei dieses Gebiet¹¹² „als Niemandsland anzusehen, da es auch von Polen [...] beansprucht wird. Ein Betreten dieses Ge-

¹⁰⁸ Der Kreis Randow existierte bis zum 15. Oktober 1939, war dann im Zuge einer Verwaltungsreform aufgelöst und durch die Wiedereinführung der Länder in der SBZ im Juni 1945 neu konstituiert worden. Seine westliche Grenze bildete die Randow, im Osten reichte er bis an die Oder bzw. den Stadtkreis Stettin heran. FRITZ RICHARD BARRAN: Städte-Atlas Pommern, Leer 1989, S. 160 f.

¹⁰⁹ Schreiben vom 25. August 1945 an die Landesverwaltung für Mecklenburg-Vorpommern, MLHA. Rat des Kreises Randow 1945-1952. Bestand Nr. 17.

¹¹⁰ Schreiben des Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Innere Verwaltung vom 6. September 1945 an den Landrat des Kreises Randow, ebenda.

¹¹¹ „Denkschrift über die Lage des Kreises Randow als Grenzgebiet unter Berücksichtigung des Verhältnisses zur Stadt Stettin“ vom 23. Juli 1945, ebenda; Schreiben des Landrates des Kreises Randow an die Landesverwaltung der Provinzen Mecklenburg und Vorpommern vom 13. August 1945, ebenda, Bestand Nr. 56.

¹¹² Es handelt sich hierbei um das Gebiet entlang der Oder zwischen den Städten Schwedt im Süden und Gartz im Norden. In diesem Bereich fließt der Fluß noch in zwei parallelliegenden Flußbetten, die sich in der Mitte dieser Strecke bei Fiddichow (poln. Widuchowa) vereinen. Ab dort verläuft westlich der Oder auf deutscher Seite die künstliche (schiffbare) Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße, die bei Hohensaaten schließlich in den Oder-Havel-Kanal und die Oder mündet. Dieses Gebiet ist bis Mitte 1947 offenbar von Polen beansprucht worden. Es ist bisher nicht bekannt, wo gemäß der Grenzfestlegung vom 21. September 1945 in diesem Landstreifen die Grenze verlaufen sollte, der entsprechende Kartenteil des Abkommens hierzu ist nicht veröffentlicht. Im Sommer 1947 sollen sogar polnische Truppen dort einmarschiert sein. Breyer behauptet, Polen habe erst nach dem Görlitzer Abkommen im Jahre 1951 die Wasserstraße an die DDR übergeben. BREYER (wie Anm. 8), S. 442 f.

bietes ist zur Zeit mit Lebensgefahr verbunden, weil ein Beschuss von polnischer Seite erfolgt“.¹¹³ Auch auf diesen Bericht liegt keine Antwort vor. Der Innenbehörde war die besondere Situation sehr wohl bekannt, der Innenminister des Landes verlangte mehrfach nach entsprechenden Berichten über die Grenze¹¹⁴, jedoch scheinen Warnke und seine Behörde keine Kenntnis von dem wirklichen Verlauf der Grenze gehabt zu haben – unabhängig von der rechtlichen Frage. Noch am 21. März 1946, also ein halbes Jahr nach Abschluß des Schweriner Protokolls, unterrichtete er den Landrat des Kreises Randow, es sei falsch, daß die „Westgrenze Polens die Oder aufwärts“ verlaufe, und bat gleichzeitig um Aufklärung, „wie die Grenze wirklich verläuft“.¹¹⁵

Die Stettin-Frage im Kalkül der Sowjetunion

Bei Betrachtung der widersprüchlichen Entwicklung in Stettin ist eine eindeutige sowjetische Absicht nicht erkennbar. So erscheinen der vorerst kontinuierliche Fortbestand einer deutschen Verwaltung und die zweimalige Auflösung und Verweisung der polnischen Behörde als eindeutiger Hinweis auf sowjetische Präferenzen für ein weiterhin deutsches Stettin. Doch die Stettiner Ereignisse bergen bereits eine Reihe von Widersprüchen: Wieso durfte eine polnische Verwaltung ihre Arbeit aufnehmen, wenn sie nach 17 Tagen (29. April-16. Mai 1945) bereits wieder auf sowjetisches Geheiß hin die Stadt verlassen mußte? Wieso wurde Borkowicz am 3. Juni von Rokossovskij eine Entscheidung Stalins zugunsten Polens mitgeteilt – obschon am 17. Juni wieder entgegengesetzte sowjetische Befehle vorlagen? Sofern der erstgenannte Befehl tatsächlich von Stalin stammte, können diese neuen Anordnungen schwerlich von einer niedrigeren Instanz herrühren. Dies lenkt auf eine grundlegende Frage: Wurde die Stettin-Frage aufgrund konzeptionell-analytischer Arbeit im sowjetischen Apparat oder durch das voluntaristische Vorgehen Sta-

¹¹³ „Der Landrat des Kreises Randow, Allgemeine Verwaltung an den Herrn Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung Allgemeine- und Innere Verwaltung“ vom 20. Juli 1946. MLHA. Kreistag / Rat des Kreises Randow 1945/46.

¹¹⁴ Am 4. Dezember 1945 bat Innenminister Warnke den Landrat des Kreises Randow, ihm einen Bericht über die Situation im Grenzgebiet zu senden: „Nach Erzählungen zu urteilen, die am 26. [wahrscheinlich November 1945, d. Vf.] in Schwerin gehört wurden, müssen im dortigen Kreise tolle Zustände herrschen (Plünderung durch Polen, besondere Ernährungsschwierigkeiten und ähnliches). Wir bitten um einen diesbezüglichen Bericht [...]“. MLHA. Rat des Kreises Randow 1945-1952, Bestand 17. Bezirksleitung Rostock der SED. Sammlungen, Erinnerungen, Nachlässe. Hans Warnke, Bestand Nr. V/6/24/35, pg. 104-108.

¹¹⁵ Schreiben des Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Allgemeine Verwaltung an den Landrat des Kreises Randow vom 21. März 1946. MLHA. Rat des Kreises Randow 1945/46, Bestand 84.

lins entschieden, welcher eine professionelle Politikberatung gar nicht zuließ, sondern häufig Fragen (auch wichtige) „aus dem Bauch heraus“ entschied?¹¹⁶

Die Installation und Tätigkeit von Verwaltungen in Städten des besetzten Gebietes wird schwerlich für jeden Einzelfall per Regierungsbeschluß angeordnet und überwacht worden sein. Nach der grundsätzlichen Regelung durch die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee, im Besatzungsgebiet ausgewählte Deutsche mit Verwaltungsaufgaben zu betrauen, wird dies in Stettin selbständiges Handeln der örtlichen sowjetischen Besatzungsbehörde gewesen sein, die pragmatisch ihren neuen und ungewohnten Auftrag versah und in dieser frühen Phase über keine weiteren politischen Weisungen verfügte. Doch spätere prinzipielle Entscheidungen – die Zulassung polnischer und Ausweisung deutscher Behörden – müssen auf unmittelbares sowjetisches Regierungshandeln zurückzuführen sein, denn diese Verwaltungsakte sind nicht nur bloßes Besatzungsregime, sondern evident politische Fragen. Dies muß auch die ohnehin entscheidungsschwerfällige sowjetische Besatzungsbehörde erkannt und somit in dieser Frage selbständige oder gar eigenmächtige Handlungen vermieden haben.

Der innersowjetische Entscheidungsfindungsprozeß hierzu ist bisher weitgehend unklar. Inwiefern es sich bei den oben gezeigten widersprüchlichen Abläufen um Unsicherheit oder Unentschlossenheit bezüglich der weiteren Deutschlandpolitik, Differenzen innerhalb des Apparates oder Kalkül handelt, kann auf Grundlage des vorliegenden Quellenmaterials nur gemutmaßt werden.¹¹⁷ Auch die Gleichsetzung der sowjetischen Deutschlandpolitik mit dem Willen Stalins und die Fokussierung seines Interesses auf Deutschland ist strittig.¹¹⁸

Was war die Absicht der Sowjetunion, bzw. warum hat sie in dem hier interessierenden Fall ihre westlichen Verbündeten USA und Großbritannien und die polnischen und deutschen Transmissionsorgane ihrer Politik (d.h. das PKWN und die in Moskau exilierten KPD-Führer) in den besetzten Gebieten im unklaren gelassen über ihre wahren Absichten bezüglich der Grenzregelung? Gegenüber den ihm in Moskau regelrecht ausgelieferten und somit völ-

¹¹⁶ RALF POSSEKEL: Verschlussache Deutschlandpolitik. Eine deutsch-russische Edition über die Zuarbeit der Sowjetdiplomaten, in: Deutschland Archiv 33 (2000), S. 781-786, hier S. 785.

¹¹⁷ BERND BONWETSCH: Satrapen auf eigenes Risiko. Das sowjetische Außenministerium und die ‚deutsche Frage‘ 1945-1946, in: Deutschland Archiv 34 (2001), S. 111-117.

¹¹⁸ Laufer plädiert dafür, „den Blick für die Abläufe an der Peripherie, für das Handeln der vielen Exekutoren sowjetischer Politik“ zu schärfen und fragt, „ob Stalin nicht viel seltener grundlegende Fragen entschied als bisher angenommen“. JOCHEN LAUFER: Was war und wer entschied die deutsche Frage in Moskau? Überlegungen im Anschluss an Ralf Possekkel und Bernd Bonwetsch, in: Deutschland Archiv 34 (2001), S. 287-291, hier S. 291. Anders dagegen GERHARD WETTIG, der bei Stalin die alleinige Verantwortung für die Frage der deutschen Ostgrenze sieht, in: Deutschland Archiv 30 (1997), S. 985 ff.

lig ergebenen deutschen Kommunisten¹¹⁹ hat Stalin wiederholt betont, „Deutschland wird eine Zukunft haben!“¹²⁰. Dieser Aussage stehen Stalins frühere (Teheraner) Äußerungen über eine mögliche Aufteilung Deutschlands entgegen. Diese konnten das pro-sowjetische PKWN zwar hoffen lassen, doch auch dessen Mitglieder erhielten keine verbindlichen Zusagen über die Gestalt des zukünftigen Polen vom sowjetischen Führer. Denn die zwischen der UdSSR und dem PKWN am 27. Juli 1944 heimlich beschlossene Abmachung bezüglich des Verlaufes der künftigen polnischen Westgrenze wertete zwar das moskauhörige polnische Exil auf und beschrieb den Grenzverlauf in deren Sinne inklusive Stettin, doch war dieses Abkommen sonst recht vage, insofern die Sowjetunion sich lediglich verpflichtete, Polens territoriale Forderungen „zu unterstützen“. Auch der Gegensatz zu bestehenden Absprachen zwischen der UdSSR und den Westalliierten (Atlantikcharta) sowie die daraus begründete, von den Sowjets auferlegte Geheimhaltung des Abkommens boten keine Grundlage für allzugroße Zuversicht.¹²¹

Doch warum wollte Stalin sich bezüglich der Grenzveränderungen im Westen gegenüber seinen ohnmächtigen deutschen und polnischen Verbündeten nicht festlegen? Diese Frage bietet Raum für weitere Untersuchungen, spielten doch die Wünsche von Polen und Deutschen im sowjetischen Konzept ohnehin keine Rolle; Stalins Rücksichtnahme galt vielmehr den Empfindlichkeiten auf Seiten der Westalliierten. Aus den Besprechungen mit den angelsächsischen Staatschefs war bekannt, welche Bedeutung für diese gerade die Zukunft Polens nach dem Ende des Krieges hatte. Durch eine allzufrühe Übergabe Stettins an Polen hätte die Sowjetunion die späteren Verhandlungen der Siegermächte belastet. So wurde vermieden, die Westmächte wegen Stettin zu brüskieren, denn ein gemeinsamer (formeller) Beschluß der Alliierten hierzu bestand zu keiner Zeit. Ohnehin stand Stalin unter keinem Handlungsdruck; er konnte jederzeit per Befehl die Übergabe der Stadt verfügen – wie es ja auch spätestens am 28. Juni 1945 geschehen ist.

¹¹⁹ Der Sohn von Gustav Sobottka ist 1940 Opfer der stalinistischen Verfolgungen geworden, Sobottka selbst entging diesem Schicksal nur knapp. MÜLLER-ENBERGS (wie Anm. 44).

¹²⁰ Stalin in Jalta als Reaktion auf einen Vorschlag Churchills, über die Zukunft Deutschland zu verhandeln, sofern dieses denn eine Zukunft haben sollte. Zitiert nach: ALEKSEJ MITROFANOWIČ FILITOV: Die sowjetische Deutschlandplanung zwischen Parteiräson, Staatsinteresse und taktischem Kalkül, in: Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau, hrsg. von HANS-ERICH VOLKMANN, München 1995, S. 117-139, hier S. 117. Gleichwohl war Stalin keinesfalls Sachwalter der deutschen Einheit, sondern sah das sowjetische Interesse vorrangig in der Handlungsfreiheit in ihrer eigenen Besatzungszone – unter Hinnahme des Risikos einer Separatstaatsbildung. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation (wie Anm. 19), Bd. 1, S. 53-60.

¹²¹ Abkommen über die polnischen Staatsgrenzen zwischen dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung und der Regierung der UdSSR, in: USCHAKOW (wie Anm. 34), S. 89 f.

Stalins verbales Festhalten an einer gesamtdeutschen Lösung noch nach Kriegsende dürfte daher eher taktischem Kalkül als wirklichen Überzeugungen entsprungen sein. Insofern ließ er die ihm ergebenden polnischen und deutschen Kommunisten wie auch seine Alliierten über seine wahren Absichten im unklaren, denn vorerst schien es ihm noch wichtig, seine Alliierten nicht durch eine eigenmächtige Besatzungspolitik im Osten zu desavouieren.¹²² Vielleicht wünschte er auch, Einfluß auf ganz Deutschland, nicht nur die eigene Besatzungszone nehmen zu können, oder er machte sich Hoffnungen auf Reparationen aus den westlichen Besatzungszonen.¹²³ Auch mag Stalin seine Verbündeten bewußt im unklaren gelassen haben, um deren Intentionen auszuloten oder ihnen – propagandistisch weitsichtig – später die Verantwortung für von ihm selbst provozierte Kriegsfolgen zuweisen zu können.¹²⁴ Vielleicht erschien es ihm darüber hinaus auch zweckmäßig, anhand der Entscheidung über Stettin politischen Druck auf seine polnischen Verbündeten ausüben zu können.¹²⁵ In Anbetracht der Kräfteverhältnisse kann dies freilich keinesfalls der leitende Gedanke seines Handelns gewesen sein. Umgekehrt unterstrich er seine Machtfülle und die Abhängigkeit Polens vom sowjetischen Handeln, wenn er der polnischen Regierung vorexerzierte, wie sehr diese in der Frage des für Polen so wichtigen Stettiner Gebietes von der Sowjetunion abhängig war und trotz der verordneten „Friedens- und Freundschaftsgrenze“ an der Oder zukünftig mit der Mißgunst auch der ostdeutschen Kommunisten rechnen mußte. Somit mußte aus polnischer Sicht die Sowjetunion zum Garanten der polnischen Grenzen werden – angesichts der sowjetischen Politik seit dem 23. August 1939 (Hitler-Stalin-Pakt) ein perfides Arrangement.

¹²² ROLF BADSTÜBNER: Die geheimgehaltenen und verleugneten sowjetischen Zerstückelungsabsichten gegenüber Deutschland und das Dilemma der KPD, in: *Utopie Kreativ* (1997), S. 69-76.

¹²³ GOTTFRIED ZIEGER: Die Sowjetisierungspolitik Moskaus und die Haltung der SED zur Einheit Deutschlands 1945-1949, in: *Die Deutschlandfrage von Jalta und Potsdam bis zur staatlichen Teilung Deutschlands 1949*, Berlin 1993, S. 58 f. GUNTHER MAI: *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948*, München 1995, S. 73-83, sowie S. 106.

¹²⁴ Diesen Eindruck gewann seit der Konferenz von Jalta der US-Botschafter CHARLES E. BOHLEN: *Witness to history 1929-1969*, New York 1973, S. 183.

¹²⁵ Der Wert Stettins für Polen war Stalin durch die mehrfachen Hinweise auf die Lage und Bedeutung der Stadt bekannt. So will General Zygmunt Berling Stalin auf die Notwendigkeit des Stettiner Hafens hingewiesen und so seine Entscheidung zugunsten Polens bewirkt haben. BERLING (wie Anm. 23), S. 329 f. Seine Darstellung steht jedoch für sich und kann nicht mit anderen Quellen verglichen werden. Der von ihm selbst geschilderte Anteil der Einflußnahme auf Stalin erscheint – durch subjektives Erleben oder bewußte Hervorhebung – übertrieben. Etwas unkritisch übernimmt diese Darstellung LILGE (wie Anm. 8), S. 86-89. Dasselbe Verdienst reklamiert der Vorsitzende des PKWN, Osóbka-Morawski, für sich, indem er gegenüber Stalin moniert habe, „die Oder ohne Stettin ist wie die Weichsel ohne Danzig“. OSÓBKA-MORAWSKI (wie Anm. 23), S. 28 f.; zit. nach: BERNHARD FISCH: *Stalin und die Oder-Neiße-Grenze. Ein europäisches Problem*, Berlin 2000 (Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 64), S. 11.

Die polnischen Wünsche nach einer möglichst frühzeitigen und verbindlichen Übergabe des Gebietes wie auch die Petitionen der völlig überraschten deutschen Kommunisten beeinflussten diese grundsätzliche – und wohl bereits früher getroffene – Entscheidung zu keiner Zeit. Die Sowjetunion hatte sich aus eigenem Interesse für den hier untersuchten Grenzverlauf (und somit zugunsten Polens) entschieden. Dieser Entscheidung hatten sich Deutsche wie auch Polen zu beugen.

Die Stettin-Frage und die Bundesrepublik

Im westlichen deutschen Staat wurde der Grenzverlauf um den Stettiner Zipfel weder rechtlich anerkannt noch politisch hingenommen. Gemäß dem Rechtsverständnis der Bundesrepublik stand Stettin widerrechtlich unter vorläufiger polnischer Verwaltung. Das Bundesministerium für Vertriebene stellte 1953 fest, daß Stettin und die links der Oder gelegenen Gebiete der (reichs-deutschen) Kreise Randow und Uckermünde durch das Potsdamer Abkommen nicht unter polnische Verwaltung gestellt worden seien, sondern rechtlich weiterhin zur DDR (SBZ) gehörten.¹²⁶

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vertrat die Auffassung, die Alliierten hätten durch das Potsdamer Abkommen nur eine vorläufige Grenzregelung getroffen, und bestand auf einer abschließenden Grenzregelung für Gesamtdeutschland. Daher beeilte man sich auch festzustellen, das Görlitzer Abkommen zwischen der DDR und Polen habe völkerrechtlich keine Bedeutung¹²⁷, denn die deutschen Ostgebiete gehörten nach bundesdeutscher Rechtsauffassung weiterhin zu Deutschland und stünden de jure nicht zur Disposition¹²⁸. Diese Auffassung vertraten auch weite Teile der bundesdeutschen Öffentlichkeit, der Publizistik, Wissenschaft (Völkerrechtler) und der Vertriebenenverbände. Innerhalb des Gesamtkomplexes der Ostpolitik und der Ostgebiete kam Stettin jedoch explizit nicht vor. Umgangssprachlich setzte sich die Bezeichnung ‚Gebiete jenseits von Oder und Neiße‘ durch, welche zwar korrekt den Wortlaut des Potsdamer Abkommens referierte, jedoch die Realität übersah und somit Stettin ausklammerte. Auch wurden bis in die 1960er Jahre gelegentlich phantastische Geschichten über angebliche Änderungen des staatsrechtlichen Zustandes der Stadt kolportiert.¹²⁹

¹²⁶ HANS-JOACHIM FREDERICI: Stettin liegt westlich der Oder!, in: Zeitschrift für Geopolitik 25 (1954), S. 236 f.

¹²⁷ EBERHARD MENZEL meinte, der Görlitzer Vertrag habe keine rechtliche, sondern allenfalls eine „propagandistische Wirkung“, in: Das östliche Deutschland. Ein Handbuch, hrsg. vom Göttinger Arbeitskreis, Würzburg 1959, S. 24, Anm. 51.

¹²⁸ Das Bundesverfassungsgericht bestätigte diese politische Prämisse durch seine Interpretation des Wiedervereinigungsgebotes des Grundgesetzes. Grundgesetzkommentar, hrsg. von INGO VON MÜNCH, München³ 1985, S. 1-18.

¹²⁹ Entsprechende Berichte sind durch den Leiter einer staatlichen polnischen Regierungsdelegation übermittelt, in: Stettin – Szczecin (wie Anm. 24), S. 321 ff. Die deutsche Bevölkerung Stettins vertraute diesen Gerüchten sogar insoweit, daß sie noch während

Mit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 wurde die DDR-Grenze zu Polen gleichzeitig die neue Ostgrenze der vergrößerten Bundesrepublik; das neue deutsche Bundesland Mecklenburg-Vorpommern grenzte nun an die in Polen gelegene alte pommersche Hauptstadt Stettin. Am 14. November 1990 schlossen die Bundesrepublik und die Republik Polen einen Vertrag und bestätigten die Grenze der untergegangenen Staaten DDR und Volksrepublik Polen.¹³⁰ Die in der Bundesrepublik ungeliebte DDR-Ostgrenze war nun verbindlich festgelegt auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens, dessen Wortlaut Stettin auf deutscher Seite beläßt, und des Görlitzer Vertrages, der einen vom Potsdamer Abkommen abweichenden Grenzverlauf beschreibt – eine widersprüchliche Situation, die Ergebnis der faktischen Entwicklung der Nachkriegszeit ist.

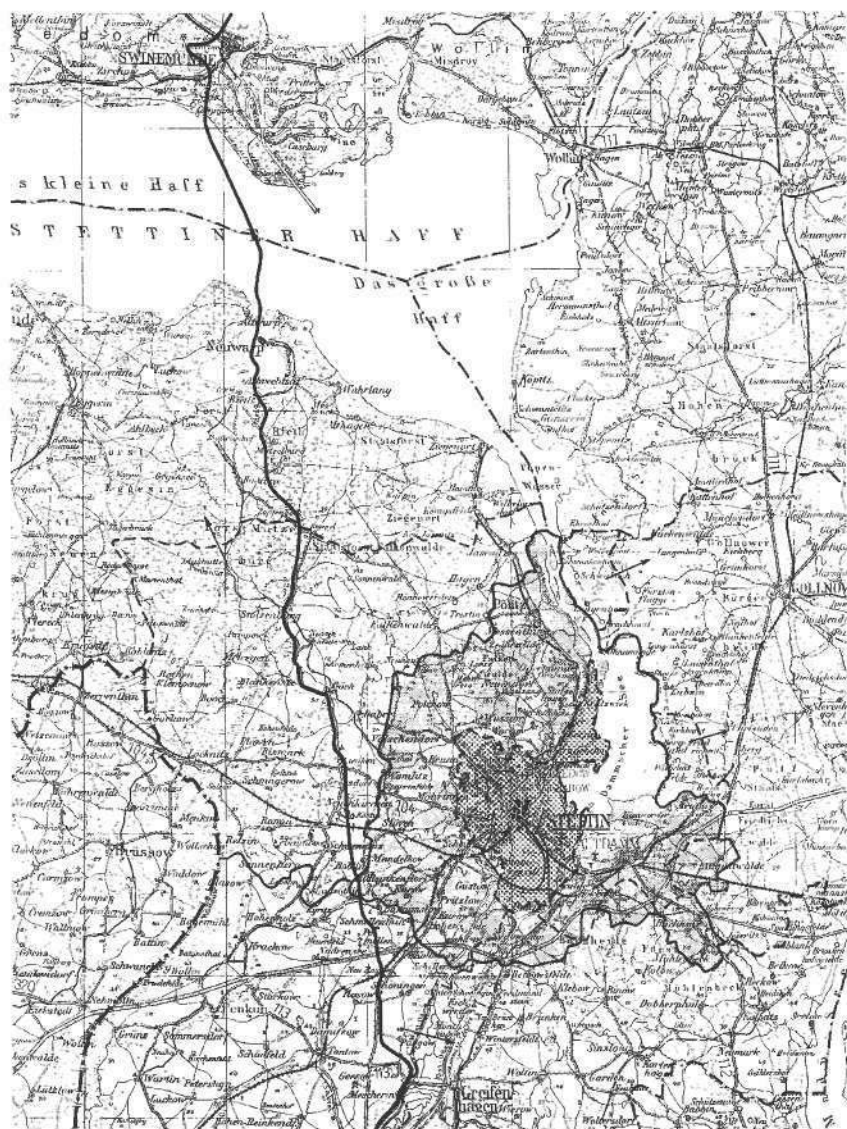
der ersten Vertreibungsaktionen Ende 1945/Anfang 1946 in dem Glauben, Stettin werde von Polen wieder unabhängig werden, in die Stadt zurückkehrte. Noch im Frühjahr 1946 berichtete Joseph Walters, der stellvertretende britische Konsul in Stettin: „The feeling that Stettin will not remain Polish or that the port will be internationalized is firmly rooted in most minds and would appear to be the cause of the apparent indifference to any long term policy for the development of the town“, in: TEBINKA (wie Anm. 98), S. 105. 1953 berichtete dann die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die UdSSR, Polen und die „Sowjetzone“ hätten ein Abkommen über eine gemeinsame Verwaltung Stettins geschlossen. Danach solle die Stadt geschlossene Garnison, die Zivilbevölkerung evakuiert und der Seeverkehr über Rostock und Kolberg abgewickelt werden („Vor der Räumung Stettins?“, FAZ vom 2. März 1953). Zwei Wochen später wußte dieselbe Zeitung zu berichten, Stettin stehe nun unter Drei-Mächte-Verwaltung, ein deutscher Zivilkommissar sei ernannt worden und der Stettiner Zipfel werde Freistaat mit einer deutschen Zivilverwaltung („Stettin wird Stützpunkt“, FAZ vom 17. März 1953). Eine Schweizer Zeitung meldete am selben Tag, das polnische Militär sei bereits durch 30 000 Mann der Kasernierten Volkspolizei und der Geheimpolizei ersetzt worden („Stettin als Stützpunkt der Sowjetunion“, Neue Zürcher Zeitung vom 17. März 1953). Am 31. März berichtete die FAZ, der Warschauer Rundfunk habe diese Meldungen dementiert („In Stettin alles beim alten“, FAZ vom 31. März 1953). Anlässlich des Besuches des ehemaligen britischen Deutschlandministers John Hynd berichtete die ‚Welt am Sonntag‘ am 13. März 1955 über eine angeblich geplante Übergabe der Stadt an die DDR (JOHN HYND: Gibt Polen Stettin auf?, Welt am Sonntag vom 13. März 1955). Im Jahr 1959 besuchte der damalige sowjetische Parteichef Chruščev die Stadt an der Odermündung und soll die Oder-Neiße-Grenze garantiert haben und daß Stettin polnisch bleibe („Chruschtschow: Es bleibt bei Szczecin“, FAZ vom 18. Juli 1959). Diesem Besuch waren einige Irritationen vorausgegangen. So soll der sowjetische Parteichef überlegt haben, Stettin an die DDR zu übergeben und Polen mit dem nördlichen Ostpreußen, dem sowjetischen Königsberg, zu entschädigen (PIKORSKI [wie Anm. 9], S. 135). Rückblickend nennt die Stuttgarter Zeitung diese Pläne allesamt „phantastisch-grotesk“ („Stettin – Stadt an einer willkürlichen Grenze“, Stuttgarter Zeitung vom 15. April 1961). Trotzdem wurden solche Übeleugungen nochmals im Westen laut, als die Parteichefs der DDR, Polens und der Sowjetunion im Jahr 1963 in Berlin zusammentrafen und von einer Korrektur der nördlichen Curzon-Linie berichtet wurde („Polen wird auf Stettin nicht verzichten“, FAZ vom 14. Februar 1964).

¹³⁰ „Die Vertragsparteien bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze, deren Verlauf sich nach dem Abkommen vom 6. Juli 1950 zwischen der DDR und der Republik Polen [...] bestimmt.“ BGBl. 1991 II, S. 1329.

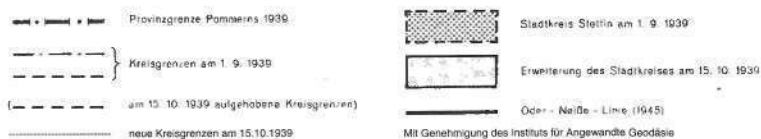
Die bundesdeutschen Vertriebenenverbände erklärten auch diese Regelungen für widerrechtlich; Völkerrechtler konstruierten, die deutsch-polnischen Verträge seien lediglich „Grenzbestätigungen“, bestätigen könne man aber nur einen vollzogenen Rechtsakt, und ein solcher sei das Görlitzer Abkommen eben nicht gewesen.¹³¹ Doch diese Auseinandersetzungen betrafen stets die deutschen Ostgebiete¹³² allgemein, von der Besonderheit der Lage Stettins nahm kaum jemand Kenntnis. Dieser Status quo ist über die Wende der Jahre 1989/90 erhalten geblieben. Doch seit 1990 erhebt erstmals offiziell kein deutscher Staat mehr einen Anspruch auf die Stadt.

¹³¹ WOLFGANG SEIFFERT: Die Verträge zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn unter dem Gesichtspunkt des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie des Fehlens gemeinsamer eindeutiger Willensbekundungen in den Verlagstexten, Köln 1994, S. 23 f.

¹³² D.h. die Gebiete innerhalb der auf der Konferenz von Potsdam festgelegten Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937, welche nicht zur Bundesrepublik Deutschland und zur DDR gehören.



Veränderungen der Verwaltungsgliederung im Raum Stettin 1939 bis 1945



Mit Genehmigung des Instituts für Angewandte Geodäsie
Grundlage: Sonderkarte "Pommern" 1 : 300 000

Karte: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, hrsg. von WALTER HUBATSCH, Reihe A Preußen, Bd. 3 Pommern, Marburg an der Lahn 1975.

Summary

The Stettin question. The German Communist Party, the Soviet Union and the German-Polish border in 1945

In August 1945, the three allied powers USA, USSR and Great Britain agreed on the Potsdam Conference that in Northeastern Germany the Oder River was to mark the border-line between the Soviet-occupied zone and the area under Polish administration east of it. Accordingly, Stettin (in Polish: Szczecin), situated west of the Oder, ought to have been part of the Soviet-occupied zone (SBZ). In fact, however, contrary to these regulations, on 21 September 1945, the Soviet authorities in Mecklenburg-West Pomerania and a Polish government commission agreed on handing over Stettin to Poland, after the city had already been passed over to the Polish administration on 5 July, which the Western allies found out during the talks in Potsdam the same day.

To this day, Stettin had been governed by German municipal authorities under the strict surveillance of the occupying forces. At the same time, representatives of the Polish communists tried to gain administrative supremacy over the city, installing their own authorities. Twice, however, on 16 May and 12 June 1945, this Polish administration was dissolved by the Soviets and expelled from the city, though it had been informed (on 3 June 1945) that Stalin wanted Stettin to belong to Poland. During this time, the German administration continued to exist, and even on 26 June 1945 the occupation authorities told Erich Wiesner, a German communist appointed mayor, to prepare further measures for a normalization of life in the city. Two days later, however, this order was cancelled with reference to a new order from Moscow, and Wiesner eventually told on 5 July 1945 to hand over his administration to the newly established Polish authorities. Mayor Wiesner's attempt to reverse this decision by intervening with leading German communists failed.

Though the continued existence of a German administration and the repeated dissolutions of the rivalling Polish authorities seem to show a Soviet preference for a German Stettin, there is no clear evidence of Soviet intentions concerning the future border-line. Rather does the Soviets' decision of 28 June raise questions concerning Soviet interests and responsibilities in the decision over Stettin. So far it cannot be determined when or why the Soviet leadership eventually opted for Poland, nor who was responsible for this decision. What remains unclear in particular are the Soviet motives and Stalin's part in the decision, which was kept secret at first, probably with regard to the Western allies. The only established fact seems to be that neither Polish nor German wishes were the decisive factor. The Stettin question was exclusively decided on the basis of Soviet interests, and both Germans and Poles had to accept this decision.